



Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Z 2

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1963

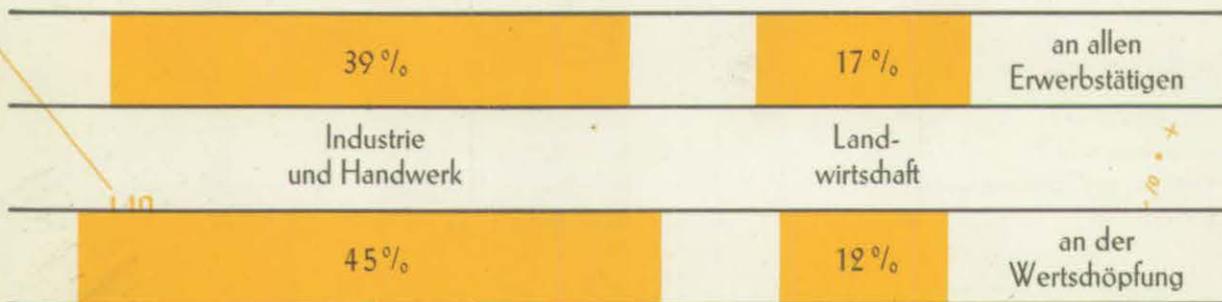
Aufsätze:

- Haushalte VZ 1961
- Qualität der Wohngebäude
- Geburtenhäufigkeit
- Handwerk 1962
- Güterverkehr Eisenbahnen
- Verbraucherpreise 1962
- Jugendhilfe 1962

Graphik des Monats: Agrarländer

INDUSTRIELAND — AGRARLAND

Anteil der Bereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1962	1963	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹		
INDUSTRIE				
Produktionsindex ²	1950 = 100	278	296	+ 6
Beschäftigte ³	1 000	176	174	- 2
Umsatz ^{3 4}	Mill. DM	593	650	+ 10
Geleistete Arbeiterstunden ^{3 5}	Mill. Std.	24	23	- 5
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	Mill. Std.	10,3	p 10,8	+ 5
Zum Bau genehmigte Wohnungen ⁷	Anzahl	2 398	2 620	+ 9
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	81,2	100,5	+ 24
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	58,6	62,7	+ 7
Einzelhandelsumsatz	1962 = 100	99,0	101,5	+ 3
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 344	5 978	+ 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958 = 100	94,3	95,5	+ 1
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	100,1	104,0	+ 4
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1958 = 100	103,0	103,5	+ 0
landwirtschaftlicher Produkte ⁸	1957/59 = 100	107,4	107,3	- 0
Lebenshaltungsindex ⁹				
insgesamt	1958 = 100	109,3	112,4	+ 3
Ernährung	1958 = 100	110,3	112,8	+ 2
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ¹⁰	Mill. DM	1 541	1 716	+ 11
mittel- und langfristigen Krediten ¹¹	Mill. DM	3 653	4 268	+ 17
Spareinlagen ¹²	Mill. DM	1 830	2 126	+ 16
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ¹³	Mill. DM	39	41	+ 4
Landessteuern ¹⁴	Mill. DM	58	66	+ 13
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	37	43	+ 14
Lohnsteuer	Mill. DM	24	27	+ 14

1) bei "Geld und Kredit": Februar bis Juni 2) Gesamtindustrie mit Energieerzeugung (ohne Bau) 3) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten 4) einschl. Verbrauchssteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 5) einschl. Lehrlingsstunden 6) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) 7) in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden (Neubau und Wiederaufbau ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude) 8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni 9) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den Verbrauchsverhältnissen von 1958 10) an die Nichtbankenkundschaft 11) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 12) Einlagenbestand am Monatsende 13) einschl. Umsatzausgleichsteuer 14) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

I N H A L T

10/63

Aktuelle Auslese	289
Blick auf morgen	290
Aus dem Inhalt	290-291
Aufsätze	
Die Haushalte in Schleswig-Holstein am 6. Juni 1961	292-295
Die Qualität der Wohngebäude in Schleswig-Holstein	295-299
Geburtenhäufigkeit 1961 und 1962	300-302
Das Handwerk im Jahre 1962	302-308
Der Strukturwandel im Güterverkehr auf den Eisenbahnen in den Jahren 1959 bis 1961	308-309
Der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 1962	309-310
Öffentliche Jugendhilfe 1962	311-312
Graphik des Monats	304-305
Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel	313-318
Kreiszahlen	319
Schleswig-Holstein im Bund	320
Wirtschaftskurven B - Industrie -	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1963

Fremdenverkehr in den Seebädern
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961
Milchwirtschaft 1962
Spareinlagen 1961/62
Krankenstand Winter 1962/63
Zwischenfrüchte 1962

Heft 6/1963

Struktur der Landesausgaben
Personal der öffentlichen Verwaltung
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959
Schichtung der Lohneinkommen 1961
Lohnstruktur im Erwerbsgartenbau
Lohnstruktur in der Forstwirtschaft
Ausländer 1962
Hochschulprüfungen
Lehrernachwuchs
Hypotheken 1962
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962

Heft 7/1963

Altersaufbau der Bevölkerung
Steueraufkommen 1962
Gemeindestraßen
Realkreditinstitute 1962
Infektionskrankheiten 1962
Kapitalgesellschaften

Heft 8/1963

Entwicklung des Gemüseanbaues
Chemische Industrie 1956-1962
Die Autowelle

Heft 9/1963

Erwerbsfähige Bevölkerung 1962-1977
Straßenverkehrsunfälle 1962
Ausgaben Straßenbau
Industrie in den Kreisen
Grenz-Reiseverkehr 1962
Bausparkassen 1962
Öffentliche Fürsorge 1962
Rentenversicherung 1962
Öffentliche Verschuldung 1962



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

15. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1963

Aktuelle Auslese

PKW AUF 1 000 EINWOHNER



Der Bestand an Personenkraftwagen auf 1 000 Einwohner sah am 1. Juli 1963 nach einem vorläufigen Ergebnis in den Ländern folgendermaßen aus:

Schleswig-Holstein	122
Niedersachsen	121
Nordrhein-Westfalen	124
Hessen	137
Rheinland-Pfalz	121
Baden-Württemberg	134
Bayern	129
Saarland	113
Hamburg	144
Bremen	124
Berlin (West)	106
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	127

EINKOMMEN DER KÖRPERSCHAFTEN 1961

Im Jahre 1961 wurden in Schleswig-Holstein 1 610 Körperschaften zur Körperschaftsteuer herangezogen. Ihr Einkommen belief sich auf 256 Mill. DM und war damit um 85% höher als 1957. Das durchschnittliche Einkommen stieg von 1957 bis 1961 von 100 000 DM auf 164 000 DM. Ihre Steuerschuld belief sich auf 108 Mill. DM. Bei 614 Körperschaften ergab die Veranlagung einen Verlust.

SCHÜLER IN ALLGEMEIN- BILDENDEN SCHULEN 1962

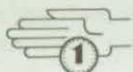


Die folgende Übersicht zeigt, wie unterschiedlich der Schulbesuch in den Ländern ist. In Schleswig-Holstein ist z. B. das Mittelschulwesen besonders gut ausgebaut.

Schüler je 10 000 Einwohner in

	Volks- schulen	Mittel- schulen	Höheren Schulen
Schleswig-Holstein	959	154	145
Niedersachsen	1 049	113	140
Nordrhein-Westfalen	930	78	146
Hessen	918	47	163
Rheinland-Pfalz	1 117	33	161
Baden-Württemberg	955	41	167
Bayern	1 001	61	145
Saarland	1 197	43	140
Hamburg	729	72	126
Bremen	877	109	161
Berlin (West)	599	88	118
Bundesgebiet einschl. Berlin (West)	956	72	149

VERANLAGTE EINKOMMEN 1961



Im Kalenderjahr 1961 wurden in Schleswig-Holstein 142 500 unbeschränkt Steuerpflichtige zur Einkommensteuer veranlagt; das waren 9% mehr als 1957

Sie wiesen Einkünfte in Höhe von 2,4 Mrd. DM aus und zahlten dafür 428 Mill. DM Steuern. Der Gesamtbetrag der Einkünfte erhöhte sich seit 1957 um zwei Drittel, während sich die Einkommensteuerschuld beinahe verdoppelte.

Blick auf morgen

Zahl der Abiturienten

Die Erfahrungen in Schleswig-Holstein haben gezeigt, daß rund 80% der Abiturienten studieren wollen. Der Nachwuchs für die Hochschulen hängt weitgehend von der Entwicklung der Abiturientenzahl ab. Nach der hier vorliegenden Vorausberechnung wird die Zahl der zu erwartenden Abiturienten in den kommenden Jahren abnehmen und sich bei ungefähr knapp 2 000 im Jahr einpendeln. Diese Entwicklung hängt zunächst damit zusammen, daß die Jugendlichen, die überwiegend in den Jahren 1965 bis 1967 die Reifeprüfung ablegen werden, um Kriegsende geboren sind und somit zu den schwachbesetzten Geburtsjahrgängen gehören. Auch die folgenden Jahrgänge sind noch zu schwach besetzt, um die Abiturientenzahl wesentlich zu erhöhen.

Jahr	Abiturienten
1963	2 525
1964	2 336
1965	1 932
1966	1 894
1967	1 949
1968	1 981
1969	1 938
1970	1 989

Die vorstehend aufgeführten Zahlen können sich durchaus noch ein wenig verändern. Sie würden sich z. B. erhöhen, wenn der Anteil der vorzeitigen Schulabgänge mit Obersekunda-Reife in den nächsten Jahren zurückginge.

Aus dem Inhalt

Haushalte VZ 1961

Seite 292

Die Zählung der Privathaushalte in der VZ 1961 zeigt als wichtigstes Ergebnis einen Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße gegenüber 1950 von 2,95 auf 2,79 Personen. Die Abnahme macht deutlich, daß auch in Schleswig-Holstein die in der städtischen und industriellen Bevölkerung übliche Kleinfamilie immer häufiger auftritt. – In den 806 000 Haushalten Schleswig-Holsteins lebten 1961 2 249 000 Personen, 1950 waren es 866 000 Haushalte mit 2 553 000 Personen. Die Haushalte haben somit um 7% und die Personen um 12% abgenommen. Der Rückgang der großen Haushalte hat sich dabei besonders ausgewirkt. – Der 2-Personen-Haushalt ist der einzige Haushalt, der zahlreicher vertreten ist als 1950. Die 228 000 Haushalte dieser Größe machen 28% aller Haushalte aus. Die 2-Personen-Haushalte kommen damit am häufigsten vor. In ihnen lebt ein Fünftel der Bevölkerung. An zweiter Stelle stehen die 176 000 Ein-Personen-Haushalte, die jedoch nur 8% der Haushaltsmitglieder umfassen. Die 3-Personen-Haushalte stellen – gemessen an der Zahl der in ihnen lebenden Personen – die wichtigste Haushaltsgröße dar. 513 000 Personen gehören 171 000 3-Personen-Haushalte an. – In sämtlichen Kreisen und in drei kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins überwiegen die 2-Personen-Haushalte; nur in der Stadt Kiel sind die Ein-Personen-Haushalte am zahlreichsten. In den Kreisen steht der 3-Personen-Haushalt durchweg an zweiter und der Ein-Personen-Haushalt an dritter Stelle. In keinem der vier Stadtkreise erreichte der Anteil der 5 und mehr Personen umfassenden Haushalte 10%. In den Kreisen hingegen liegt er meist zwischen 15 und 20%. – Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt von 3,1 Personen in den Gemeinden unter 5 000 Einwohnern auf 2,5 Personen in den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern. – In 73% aller Haushalte ist der Haushaltsvorstand ein Mann, in 27% eine Frau. Mehr als die Hälfte der von Frauen geleiteten Haushalten umfaßt nur eine Person.

Qualität der Wohngebäude

Seite 295

In Schleswig-Holstein waren am 6. Juni 1961 162 000 Wohngebäude mit 358 000 Wohnungen, das sind 47% bzw. 54% des jeweiligen Bestandes, mit allen sanitären und hygienischen Anlagen ausgestattet. Das Alter des Gebäudes und die zeitnahe Erneuerung des Daches läßt außerdem auf einen guten allgemeinen Erhaltungszustand des Gebäudes schließen. In Schleswig-Holstein wohnt jede zweite Haushaltung und jeder zweite Einwohner in solchen Gebäuden bester "Wohnwürdigkeit". Durch Erneuerung oder Instandsetzung des Daches, oft verbunden mit anderen Renovierungsarbeiten, können noch weitere 37 000 Gebäude mit 90 000 Wohnungen zu voll wohnwürdigen Gebäuden werden. – Läßt man den Instandhaltungsgrad des Gebäudes bei der Bewertung der "Wohnwürdigkeit" außer Betracht, so sind in den Großstädten 90% der Wohnungen vollwertig, in den kleinen Landgemeinden nur ein Drittel. Fast ebenso groß ist bei diesen Gemeinden mit unter 2 000 Einwohnern der Anteil der Wohnungen mit mangelhafter Fäkalienbeseitigung. – Auffallend groß ist die Zahl primitiver Bautypen bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Jedes fünfte Einfamilienhaus hat keinen Wasseranschluß im Gebäude. – Unterscheidet man nur zwischen Wohngebäuden, die vom hygienischen und sanitären Standpunkt her gesehen in Ordnung sind oder nicht, so liegt Flensburg deutlich an der Spitze der kreisfreien Städte. 96% der Wohnungen in Wohngebäuden sind hier ohne hygienische und sanitäre Mängel. Bei den Landkreisen streut der Anteil der vollwertigen Wohnungen zwischen 33% im Landkreis Eiderstedt und 68% im Landkreis Pinneberg.

Geburtenhäufigkeit

Seite 300

Die Zahl der Geburten in Schleswig-Holstein überstieg 1961 erstmalig seit 1950 wieder die 40 000er-Grenze. 1962 wurden mehr als 41 000 Kinder geboren. Die Geburten-

ziffer (Lebendgeborene je 1 000 Einwohner) betrug 1961 17 und 1962 18. Von je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren wurden 1961 und 1962 85 Kinder geboren (allgemeine Fruchtbarkeitsziffer). Die Hälfte der Gebärleistung eines Jahres wird dabei von Frauen bis zum 27. Lebensjahr – also von 12 Jahrgängen – erbracht, während die andere Hälfte sich auf die Angehörigen von 18 Jahrgängen verteilt. – Gegenüber 1955 läßt sich eine leichte Erhöhung des Beitrages der unter 31 Jahre alten Frauen zur Gesamtfuchtbarkeit nachweisen. Dementsprechend liegt die Fruchtbarkeit der über 31 Jahre alten Frauen 1961/62 niedriger als 1955; das bedeutet, daß 1955 die Frauen in der zweiten Hälfte ihrer Fruchtbarkeitsperiode noch verhältnismäßig häufiger Kinder geboren haben als heute.

Güterverkehr Eisenbahnen Seite 308

Die Eisenbahnen beförderten im Jahre 1961 in Schleswig-Holstein 8 Mill. t Güter oder 9% mehr als 1959. Diese Gütermenge liegt immer noch erheblich unter der des Jahres 1956, in dem die höchste Transportleistung der Eisenbahn nach dem Kriege in Schleswig-Holstein erreicht wurde. Das Stagnieren des Eisenbahngüterverkehrs ist vor allem auf den Rückgang der Kohlentransporte auf den Eisenbahnen in den letzten Jahren zurückzuführen; dem steht zwar eine stetige Zunahme der Mineralöltransporte gegenüber. Sie ist jedoch wesentlich geringer als die Abnahme der Kohlentransporte.

Handwerk 1962 Seite 302

Im schleswig-holsteinischen Handwerk waren 1962 rund 145 000 Beschäftigte tätig. Ihre Zahl ist seit 1956 nur geringfügig gewachsen (+ 2%). Der Beschäftigtenzahl nach steht das Bau- und Ausbauhandwerk an der Spitze aller Handwerksgruppen; etwa vier Zehntel aller im Handwerk tätigen Personen gehören dazu. An zweiter Stelle kommen die Metall verarbeitenden Handwerke mit knapp einem Viertel. Den dritten Platz mit etwas weniger als einem Sechstel nehmen die Nahrungsmittelhandwerke ein. An dieser Reihenfolge hat sich seit 1956 nichts geändert. Die Zahl der Beschäftigten in den Bau- und Ausbauhandwerken und in der Metallverarbeitung hat von 1956 bis 1962 noch um 8% bzw. 14% zugenommen. Im Nahrungsmittelhandwerk hat sich der Beschäftigtenstand nur knapp auf dem Niveau von 1956 halten können. – Seit 1955 hat sich der Umsatz des Handwerks ungefähr verdoppelt und erreichte im Jahre 1962 4 Mrd. DM. Die Zunahme gegenüber 1961 machte 11% aus. Während bei den Beschäftigten der größte Anteil auf die Bau- und Ausbauhandwerke entfällt, liegt beim Umsatz das Metall verarbeitende Handwerk an der Spitze. Es erzielte 1962 über 1,2 Mrd. DM Umsatz; beim Bauhandwerk waren es 1,1 Mrd. DM. Das Nahrungsmittelhandwerk folgt dann mit 1,06 Mrd. DM an dritter Stelle. Die drei genannten Handwerksgruppen zusammen bestritten somit 1962 86% des gesamten Umsatzes im Handwerk. – Im Handwerk wurden 1962 rund 28 000 DM Umsatz je Beschäftigten erzielt, davon waren etwa 8 000 DM Handelsumsätze.

Verbraucherpreise 1962 Seite 309

Die Lebenshaltung hat sich seit 1954 ständig verteuert. Der Preisindex für die Lebenshaltung kletterte von 1954 bis 1961 im Schnitt in jedem Jahr um 1,9%. Im letzten Jahr mußten die Verbraucher eine überdurchschnittliche Preis-erhöhung hinnehmen. Der im Laufe des Jahres 1962 eingetretene Preisanstieg (3,5%) war der größte seit der ungewöhnlich hohen Preissteigerung während der Koreakrise im Jahre 1951. Am meisten verteuert haben sich in den letzten vier Jahren das Wohnen und die Ausgaben für "Bildung, Unterhaltung und Erholung", am wenigsten die Ausgaben für "Hausrat" und "Bekleidung". Im Laufe des Jahres 1962 stiegen die Nahrungsmittelpreise besonders stark an.

Jugendhilfe 1962 Seite 311

Von der Zahl der schutzbedürftigen Minderjährigen her beurteilt, lagen 1962 wie in den Vorjahren die Hauptaufgaben der Jugendämter auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens und der Pflegeaufsicht. Ende 1962 standen rund 26 600 Kinder in Schleswig-Holstein unter Pflegeaufsicht und rund 56 900 wurden von den Jugendämtern in deren Eigenschaft als Gemeindewaisenrat betreut. Beide Zahlen haben sich gegenüber 1961 leicht erhöht.

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Mit "Kreisen" in Tabellenüberschriften sind die kreisfreien Städte und Kreise gemeint.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehend durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1–5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

Zeichen an Zahlen bedeuten: p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, Ø bedeutet Durchschnitt.

Zeichen statt Zahlen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

x = Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

Die Haushalte in Schleswig-Holstein am 6. Juni 1961

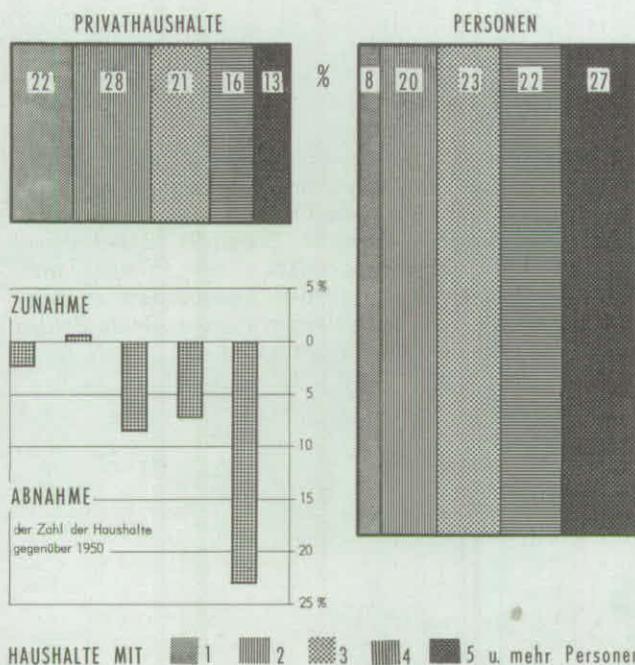
Die wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen im Laufe des letzten Jahrzehnts haben sich auch auf Größe und Zusammensetzung der menschlichen Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft, des Haushalts, ausgewirkt.

Die Zählung der Haushalte¹ zeigt als wichtigstes Ergebnis einen Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße gegenüber 1950 von 2,95 auf 2,79 Personen. Der jetzige Landeswert unterschreitet damit wieder knapp den Bundesdurchschnitt.

Die Abnahme macht deutlich, daß auch in Schleswig-Holstein die für die städtische und industrielle Bevölkerung übliche Kleinfamilie immer häufiger auftritt. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft und das damit verbundene Freiwerden von Arbeitskräften sowie das gleichzeitig anwachsende Gewicht der übrigen Wirtschaftszweige haben die Bedeutung der für Agrarwirtschaften typischen Großfamilie vermindert.

D 3287

DIE PRIVATHAUSHALTE UND IHRE ANGEHÖRIGEN



In den 806 000 Haushalten Schleswig-Holsteins leben 2 249 000 Personen. (Die restlichen 68 000 Einwohner sind Einzelpersonen in Anstalten, die dort keinen eigenen Haushalt

1) in der statistischen Terminologie "Privathaushalte" genannt. Die in Anstalten lebenden Einzelpersonen, die dort keinen eigenen Haushalt bilden (Personal und Dauerinsassen), werden in dieser Darstellung nicht berücksichtigt.

führen.) 1950 waren es 866 000 Haushalte mit 2 553 000 Personen. Die Haushalte haben somit um 60 000 (= 7%) und die Personen um 303 000 (= 12%) abgenommen. Die Zahl der Haushaltsmitglieder ist also prozentual stärker zurückgegangen als die der Haushalte, was die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße zur Folge hatte. Der Rückgang der großen Haushalte hat sich dabei besonders ausgewirkt. In den Haushalten mit fünf und mehr Mitgliedern wurden allein 216 000 Personen weniger gezählt. In den übrigen Haushalten sank die Personenzahl dagegen nur um 87 000.

Die Bedeutung der Haushalte mit weniger als fünf Personen ist hierdurch gewachsen. Ein Blick auf das nebenstehende Bild und die folgende Tabelle zeigt, wie sehr die kleinen Haushalte heute vorherrschen. 404 000 Haushalte, das ist die Hälfte aller Haushalte, enthalten nicht mehr als zwei Personen. 1950 wurden von solchen Haushalten nur 3 000 mehr ermittelt. Die Zahl der Personen hat sich noch weniger verändert, da die Zweipersonenhaushalte sogar zugenommen haben.

Der Zweipersonenhaushalt ist der einzige Haushalt, der zahlreicher vertreten ist als 1950. Die 228 000 Haushalte dieser Größe machen 28% aller Haushalte aus. Die Zweipersonenhaushalte kommen damit am häufigsten vor. In ihnen lebt ein Fünftel der Bevölkerung.

An zweiter Stelle stehen die 176 000 Einpersonenhaushalte, die jedoch nur 8% der Haushaltsmitglieder auf sich vereinigen. Gegenüber 1950 ist ihre Zahl um 4 000 zurückgegangen.

Die Dreipersonenhaushalte folgen dicht auf. Gemessen an der Zahl der in ihnen lebenden

Die Privathaushalte nach der Größe 1950 und 1961

Privathaushalte mit ... Personen	13. 9. 1950		6. 6. 1961	
	Anzahl	Personen	Anzahl	Personen
	in 1 000			
1	180	180	176	176
2	227	454	228	457
3	187	561	171	513
4	134	538	125	499
5 und mehr	138	820	106	604
insgesamt	866	2 553	806	2 249
	in %			
1	20,8	7,1	21,8	7,8
2	26,2	17,8	28,3	20,3
3	21,6	22,0	21,2	22,8
4	15,5	21,1	15,5	22,2
5 und mehr	15,9	32,1	13,1	26,8
insgesamt	100	100	100	100

Personen, stellen sie die wichtigste Haushaltsgröße dar. 513 000 Personen gehören 171 000 Dreipersonenhaushalten an. 1950 wurden noch 16 000 Haushalte mehr gezählt. Ihr Anteil ist nur geringfügig auf 21% gesunken.

Diese drei Haushaltsgrößen machen 71% aller Haushalte aus. In ihnen lebt rund die Hälfte sämtlicher Haushaltsmitglieder.

Den 125 000 Vierpersonenhaushalten, deren Anteil fast unverändert 15% beträgt, sind etwa gleich viel Menschen zuzurechnen wie den Dreipersonenhaushalten. 10 000 Vierpersonenhaushalte wurden weniger ermittelt als 1950.

Die restlichen Haushalte mit fünf und mehr Personen machen nur 13% aus. In ihnen lebt mit 27% mehr als ein Viertel der Haushaltsmitglieder. 1950 war es noch fast ein Drittel. Die Bedeutung dieser Haushalte fällt mit steigender Größe, und die acht und mehr Personen umfassenden Haushalte vereinigen schließlich nur noch 1% der Haushalte und 3% der Haushaltsmitglieder auf sich.

Die Haushalte in den Kreisen und in den Gemeindegrößenklassen

In sämtlichen Kreisen und in drei kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins überwiegen die Zweipersonenhaushalte. Nur in der Stadt Kiel sind die Einpersonenhaushalte am zahlreichsten. In den Kreisen steht der Dreipersonenhaushalt durchweg an zweiter und der Einpersonenhaushalt an dritter Stelle. Dies gilt auch für Neumünster. In Flensburg und Lübeck ist die Reihenfolge umgekehrt. In Kiel folgen auf den Einpersonenhaushalt die Zwei- und Dreipersonenhaushalte. Es ist lediglich die große Zahl an Einpersonenhaushalten in den kreisfreien Städten, die bewirkt, daß diese Haushaltsgröße in Schleswig-Holstein häufiger als der Dreipersonenhaushalt vorkommt.

Ein weiterer Unterschied zwischen den kreisfreien Städten und den Kreisen zeigt sich bei den größeren Haushalten. In keinem der vier Stadtkreise erreicht der Anteil der fünf und mehr Personen umfassenden Haushalte 10%. In den Kreisen hingegen liegt er meist zwischen 15 und 20%. Während in den kreisfreien Städten die Vierpersonenhaushalte die fünf und mehr Mitglieder enthaltenden Haushalte an Zahl übertreffen, verhält es sich in elf der siebzehn Kreise gerade umgekehrt.

Aus alledem folgt, daß die durchschnittliche Haushaltsgröße, die zwischen 2,5 und 3,1 Personen schwankt, in den kreisfreien Städten niedriger sein muß als in den Kreisen. Es zeigt sich, daß umso mehr Personen im Durchschnitt auf einen Haushalt entfallen, je mehr die Landwirtschaft die Struktur eines Kreises bestimmt.

Aus der nachstehenden Tabelle ist zu ersehen, wie die durchschnittliche Haushaltsgröße mit dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung korreliert.

Landwirtschaftliche Bevölkerung und durchschnittliche Haushaltsgröße in den Kreisen¹

KREISFREIE STADT Kreis	Landwirtschaftliche Bevölkerung in % der Gesamtbevölkerung	Durchschnittliche Haushaltsgröße in Personen je Haushalt
KIEL	0,7	2,5
FLENSBURG	0,7	2,6
NEUMÜNSTER	0,8	2,6
LÜBECK	1,6	2,5
Pinneberg	8,4	2,8
Stormarn	9,2	2,8
Eutin	10,9	2,8
Steinburg	12,2	2,8
Hzgt. Lauenburg	12,9	2,8
Rendsburg	14,3	2,9
Plön	18,0	3,0
Schleswig	18,8	2,9
Südtondern	19,0	3,1
Süderdithmarschen	19,2	3,0
Oldenburg (Holst.)	19,3	3,0
Norderdithmarschen	19,9	2,9
Eckernförde	20,7	3,0
Segeberg	20,9	3,0
Eiderstedt	22,4	2,9
Husum	22,5	3,1
Flensburg-Land	26,5	3,1
Schleswig-Holstein	11,2	2,8

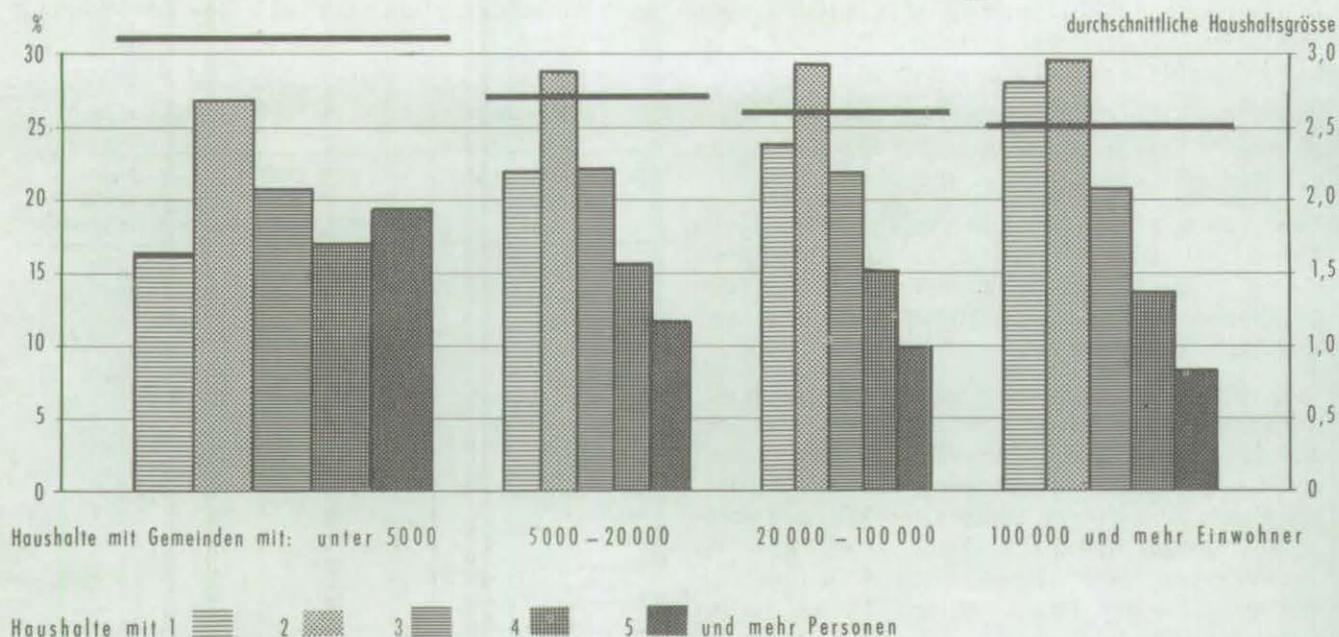
¹) geordnet nach dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung; dazu zählen alle in der Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerel tätigen Personen (einschl. der Erwerbslosen) und die von ihnen wirtschaftlich Abhängigen

Die durchschnittliche Haushaltsgröße ist seit 1950 in allen Kreisen und kreisfreien Städten gesunken, und zwar am stärksten in den Kreisen. Hieran wird die fortschreitende Veränderung der Wirtschaftsstruktur deutlich, die die ländlichen Kreise naturgemäß stärker betroffen hat.

Der Zusammenhang zwischen Haushaltsgröße und Wirtschaftsstruktur wird ebenfalls sichtbar, wenn man die Haushalte in den einzelnen Gemeindegrößenklassen betrachtet. Das nachstehende Bild zeigt, daß der Anteil der kleinen Haushalte umso höher ist, je mehr Einwohner eine Gemeinde aufweist. Umgekehrt verhält es sich bei den großen Haushalten. Schon die Vierpersonenhaushalte besitzen ein umso stärkeres Gewicht, je kleiner die Gemeinden sind.

Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt von 3,1 Personen in den Gemeinden unter 5 000 Einwohnern auf 2,5 Personen in den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern.

Wie bereits erwähnt, sind in elf Kreisen die Haushalte mit fünf und mehr Personen zahl-



reicher als die Vierpersonenhaushalte. Das ist ausschließlich auf die große Bedeutung dieser Haushaltsgröße in den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern zurückzuführen. Über die Hälfte der Haushalte mit fünf und mehr Mitgliedern kommt in diesen Gemeinden vor. Diese großen Haushalte sind hier sogar zahlreicher als die Einpersonenhaushalte.

Die Haushalte nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes

In 587 000 der 806 000 Haushalte Schleswig-Holsteins ist der Haushaltsvorstand ein Mann, in 219 000 eine Frau. 27% aller Haushalte steht somit eine Frau vor. In ihnen leben 379 000 Personen, das sind 17% der Haushaltsmitglieder. Mehr als die Hälfte der von Frauen geleiteten Haushalte umfaßt nur eine Person. In fast drei Viertel der 176 000 Einpersonenhaushalte leben daher Frauen. Das dürfte nicht zuletzt auf die große Zahl an Witwen zurückzuführen sein, die durch die höhere Lebenserwartung der Frauen und die Kriegsfolgen bedingt ist. Von den 630 000 Mehrpersonenhaushalten besitzen 91 000 (= 14%) einen weiblichen Haushaltsvorstand. Ihnen gehören 251 000 Einwohner an, das sind 12% der in Mehrpersonenhaushalten gezählten Personen. In den Haushalten mit einem männlichen Vorstand leben 83% der Haushaltsmitglieder.

In den Einpersonenhaushalten nimmt der Anteil der männlichen Haushaltsvorstände mit steigender Gemeindegrößenklasse zu. Er beträgt in den Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern 24% und in den Gemeinden mit mehr als

Privathaushalte nach dem Geschlecht des Haushaltsvorstandes

Privathaushalte mit ... Personen	Geschlecht des Haushaltsvorstandes		
	männlich	weiblich	insgesamt
	Zahl der Haushalte		
	in 1 000		
1	48	128	176
2	178	50	228
3	147	24	171
4	114	10	125
5 und mehr	99	6	106
Haushalte insgesamt	587	219	806
darin Personen	1 871	379	2 249
	in %		
1	27,3	72,7	100
2	78,0	22,0	100
3	85,9	14,1	100
4	91,6	8,4	100
5 und mehr	93,9	6,1	100
Haushalte insgesamt	72,8	27,2	100
darin Personen	83,2	16,2	100

100 000 Einwohnern 31%. In Kiel liegt er sogar bei 34%. Diese Abweichungen haben verschiedene Gründe. Der eine liegt darin, daß sich meist in großen Gemeinden die Ausbildungsstätten für qualifiziertere Berufe befinden, die vornehmlich von männlichen Jugendlichen besucht werden. So wirkt sich z. B. in Kiel die große Zahl der männlichen Studenten auch in einem höheren Anteil der in Einpersonenhaushalten lebenden Männer aus. Die mannigfachen Betätigungsmöglichkeiten in den großen Städten, die besonders junge Menschen anziehen, verbunden

mit der stärkeren Neigung junger Männer, einen Einzelhaushalt zu führen, sind ein weiterer Grund.²

Begriffe und Methoden

Zu einem Privathaushalt rechneten bei der Volkszählung von 1961 alle Personen, die zusammen wohnten und eine gemeinsame Hauswirtschaft führten; auch eine allein wohnende und wirtschaftende Person galt als Privathaushalt. Privathaushalte kommen auch in Anstaltsbereichen vor, z. B. Haushalte

2) vergl. hierzu: H. Schubnell, "Zahl und Struktur der Haushalte von Einzelpersonen" In Wirtschaft und Statistik, 11. Jg. N.F., 1959, S. 657

von Hausmeistern in Internaten, von Heimleitern u. dgl., aber auch Haushalte in Vertriebenenunterkünften. In Anstalten wohnende Einzelpersonen – Personal und Dauerinsassen –, die dort keinen eigenen Haushalt führten, galten nicht als Privathaushalt. Als Mitglieder eines Haushalts wurden nur die Personen gezählt, die in diesem Haushalt zur Wohnbevölkerung rechneten. Zum Beispiel wurde ein Sohn, der in einer auswärtigen Universitätsstadt als Untermieter wohnte, dort als eigener Haushalt erfaßt. Zum Haushalt seiner Eltern wurde er dann nicht gezählt. Andererseits wurden z. B. Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung den Haushalten zugerechnet, in denen sie vor ihrer Einberufung lebten.

Dipl.-Volksw. Gustav Thissen

Die Qualität der Wohngebäude in Schleswig-Holstein

- Ergebnisse der Gebäudezählung vom 6. Juni 1961 -

Die Gebäudetypisierung

Der wesentliche und planmäßig vorbereitete Zweck der Gebäudezählung 1961 war die qualitative Klassifizierung des Bestandes an Wohngebäuden. Hinter dieser Aufgabe stand der Gedanke, daß nach der Bewältigung des Wohnungsnotstandes der Nachkriegszeit der staatlichen Wohnungsbaupolitik Unterlagen an die Hand gegeben werden sollten, um Sanierungsprogramme mit dem Ziel aufzustellen, die Wohnungen an die heutigen Vorstellungen über sanitäre Anlagen und Hygiene anzugleichen.

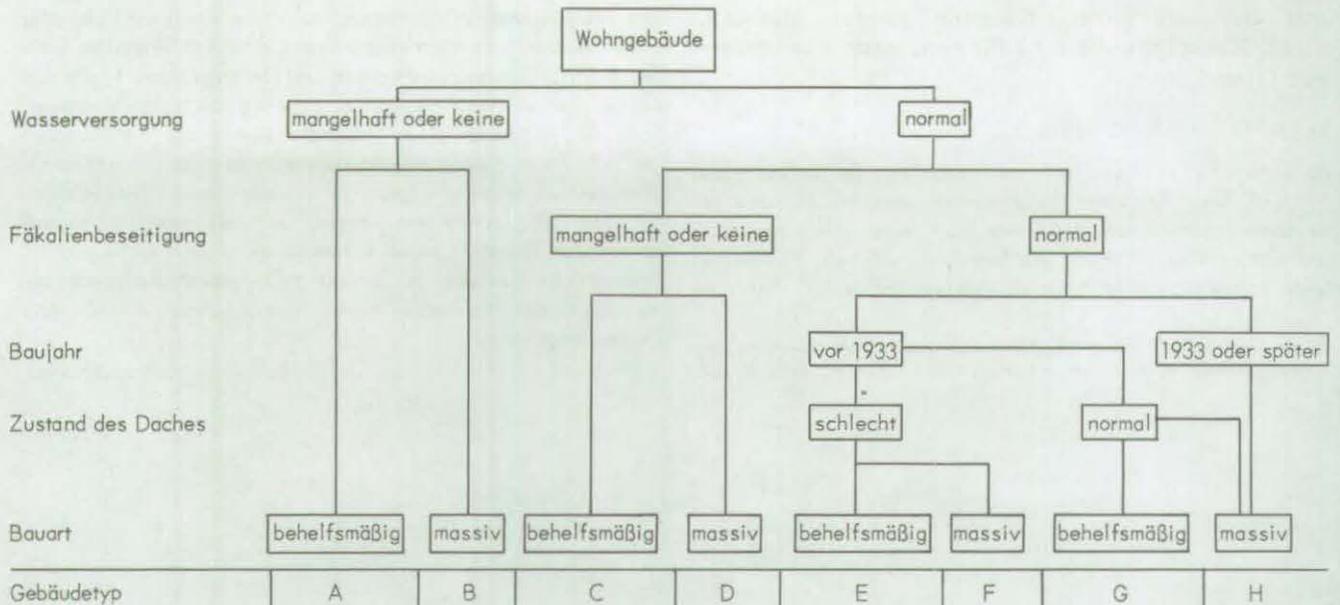
Bereits bei der Wohnungszählung 1956/57 ist ein ähnlicher Gedanke angeklungen. Damals sind die "beschränkt bewohnbaren Wohnungen" gesondert erfaßt worden. Ansatzpunkt hierfür sind aber im Gegensatz zu der Gebäudezählung 1961 die Akten der Bauämter gewesen, wobei der Gesichtspunkt eines zeitnahen Abbruchs der Wohngebäude aus den verschiedensten Gründen Pate gestanden hat. Es leuchtet ein, daß bei einem solchen Vorgehen je nach Einstellung des zuständigen Bauamtes mehr oder weniger großzügig verfahren worden ist und die Ergebnisse dadurch regional nicht verglichen werden konnten.

Auf Grund dieser Erfahrung sollte dagegen bei der Zählung 1961 von vornherein jede subjektive Bewertung ausgeschlossen werden. Nach Beratungen mit Baufachleuten sind in die vom Grundstückseigentümer auszufüllende Gebäudeliste im Rahmen der Gebäudebeschreibung Fragen über verhältnismäßig leicht feststellbare bauliche Merkmale: die Wasserversorgung, die Fäkalienbeseitigung, das Baujahr, den Zustand des Daches und die Bauart aufgenommen wor-

den. Unterkünfte - früher als Notwohngebäude definiert - und bewohnte Nichtwohngebäude wurden wegen ihres besonderen Charakters von diesen Feststellungen ausgeschlossen. Durch verschiedene Kombinationen der einzelnen Merkmale sind dann als Rangordnung der "Wohnwürdigkeit" sogenannte Gebäudetypen gebildet worden. Das folgende Schema der Gebäudetypen versucht, dem Leser in leicht erfaßbarer Form die Kombinationen und die Zuordnungen zu den acht Gebäudetypen vor Augen zu führen.

Durchlaufend durch alle Gebäudetypen geht die Unterscheidung nach einer massiven oder behelfsmäßigen Bauart. Bei der behelfsmäßigen Bauart handelt es sich nicht um Notbauten alter Prägung, wie Baracken, Nissenhütten, Gartenlauben usw., sondern um bis 1900 errichtete und nichtunterkellerte Fachwerkbauten und vor 1933 errichtete und nichtunterkellerte Holzbauten. Es hat sich gezeigt, daß in Schleswig-Holstein die behelfsmäßige Bauart bei Wohngebäuden nur noch sehr selten anzutreffen ist. Insgesamt sind es 1,5% der Wohngebäude und 1,2% der Wohnungen. In dem folgenden Bericht bleibt daher im allgemeinen diese Unterscheidung unberücksichtigt, d. h. die acht Gebäudetypen A bis H werden zu den vier Gruppen A und B, C und D, E und F, G und H zusammengefaßt.

Oberster Gesichtspunkt für die Abstufung des Wohnwertes ist die Art der Wasserversorgung. Zur normalen Wasserversorgung (Gebäudetypen C - H) zählt neben dem Anschluß an das öffentliche Wassernetz auch die eigene Wasserversorgungsanlage mit Zapfstellen in den Wohnungen. Pumpe oder Brunnen im Gebäude ohne Zapfstellen in den Wohnungen dagegen ordnet



das Gebäude den Gruppen mit keiner oder mangelhafter Wasserversorgung (Gebäudetypen A und B) zu. Ist die Wasserversorgung mangelhaft, wird gleichzeitig unterstellt, daß das Gebäude auch in hygienischer Sicht, d. h. in der Art und Weise der Fäkalienbeseitigung sehr zu wünschen übrig läßt. Dieser Gesichtspunkt der mangelhaften Fäkalienbeseitigung ist ausschlaggebend für die Minderbewertung von Gebäuden trotz zufriedenstellender Wasserversorgung (Gebäudetypen C und D). Eine mangelhafte Fäkalienbeseitigung liegt bei einem Anschluß nur für Abwässer an die Kanalisation, bei Abfuhr der Fäkalien und bei Ableitung der Fäkalien ohne Kläranlage in einen naheliegenden Graben oder Bach vor.

Zur feineren Untergliederung der Gebäude, die keine hygienischen und sanitären Mängel aufweisen, dient das Baualter und der Zustand des Daches. Mangelhaft ist ein Harddach dann, wenn das Haus vor 1919 erbaut und seitdem weder neu gedeckt noch völlig erneuert worden ist. Bei einem Weichdach ist 1933 das abgrenzende Jahr. Notdächer sind stets mangelhaft ohne Rücksicht auf das Baujahr. Aus beiden Faktoren, dem Baujahr und dem Dach, schließt man dabei auf den gesamten Erhaltungszustand des Gebäudes. Sinn dabei ist, aus den sonst voll wohnwürdigen Gebäuden den Teil auszugliedern, wo die Instandhaltung aus den verschiedensten Gründen vernachlässigt worden ist. Es ist so möglich, neben dem Sanierungsbedarf der Gebäudetypen A bis D auch den Renovierungsbedarf der Gebäudetypen E und F festzustellen.

Mit den aufgeführten objektiv erfaßbaren Merkmalen kann natürlich der Wohnwert nur unvollständig bestimmt werden. Umwelteinflüsse, wie z. B. die Belichtung, der Lärm oder die Luftverpestung durch industrielle Anlagen können die "Wohnwürdigkeit" auch der besten Gebäude-

typen wesentlich einschränken. Im Rahmen der Gebäudezählung 1961 ist deshalb versucht worden, auch diese Faktoren mit einzubeziehen, indem man die Gemeinden aufgefordert hat, in Zusammenarbeit mit den örtlich zuständigen Planungsstellen nach bestimmten Richtlinien "erneuerungsbedürftige Wohngebiete" abzugrenzen. Um regional vergleichbare Ergebnisse zu gewinnen, sind aber hierfür auf Bundesebene immer noch Untersuchungen im Gange.

Vor der Darstellung der zahlenmäßigen Ergebnisse der Gebäudetypisierung weist der Verfasser ausdrücklich darauf hin, daß sich die objektiv festgestellte Abstufung der "Wohnwürdigkeit" der Gebäude nicht mit der subjektiven Beurteilung der Bewohner zu decken braucht. Finanzielle Überlegungen und die unterschiedlichen Normvorstellungen im Bereich des Wohnens je nach der Siedlungsform, ob städtisch oder ländlich, und die persönliche Einstellung zur Hygiene lassen oft auch die Wohnungen von primitiven Gebäudetypen für den einen oder den anderen auch heute noch durchaus vollwertig erscheinen.

Nur die Hälfte des Gebäude- und Wohnungsbestandes ist vollwertig

In Schleswig-Holstein waren am 6. Juni 1961 162 000 Wohngebäude mit 358 000 Wohnungen, das sind 47% bzw. 54% des jeweiligen Bestandes mit allen sanitären und hygienischen Anlagen ausgestattet. Das Alter des Gebäudes und die zeitnahe Erneuerung des Daches läßt außerdem auf einen guten allgemeinen Erhaltungszustand des Gebäudes schließen. Nur verschwindend wenige dieser Gebäude (400) sind bis 1900 errichtete nicht unterkellerte Fachwerkbauten, oder vor 1933 errichtete nicht unterkellerte Holzbauten und somit im Sinne der Typisierung von behelfsmäßiger Bauart. Wie die Tabelle zeigt, wohnt auch jede zweite Haushaltung und

jeder zweite Einwohner des Landes in solchen Gebäuden bester "Wohnwürdigkeit".

Wohngebäude und Wohnungen,
Wohnparteien und Personen nach dem Gebäudetyp
- 6. Juni 1961 -

Gebäude- typ	Wohn- gebäude		Wohnungen ¹		Wohn- parteien		Personen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
A	2 711	0,8	3 971	0,6	4 197	0,6	12 603	0,6
B	62 726	18,1	87 508	13,1	96 864	12,7	294 324	13,5
C	1 396	0,4	2 260	0,3	2 510	0,3	7 120	0,3
D	79 888	23,1	124 493	18,7	142 559	18,7	423 557	19,5
E	519	0,2	1 042	0,2	1 200	0,2	3 158	0,2
F	36 511	10,6	88 913	13,3	107 396	14,1	283 709	13,0
G	401	0,1	669	0,1	775	0,1	2 115	0,1
H	161 600	46,7	358 205	53,7	407 569	53,4	1 150 049	52,8
Insges.	345 752	100	667 061	100	763 070	100	2 176 635	100

¹⁾ einschl. Wohngelegenheiten

Bei Anlegen eines nicht so strengen Maßstabes sind den vollwertigen Gebäuden auch die Wohnhäuser, die in sanitärer Sicht zu keiner Beanstandung Anlaß geben, deren allgemeiner Bauzustand aber zu wünschen übrig läßt, (Gebäudetypen E und F) noch zuzurechnen. Der wesentliche Grund für die vernachlässigte Instandhaltung mag in den preisgebundenen Mieten der Altbauten zu suchen sein, die die notwendigen Instandhaltungskosten nicht mehr getragen haben. Durch Erneuerung oder Instandsetzung des Daches, oft verbunden mit anderen Renovierungsarbeiten können in Schleswig-Holstein noch weitere 37 000 Gebäude mit 90 000 Wohnungen zu vollwohnmwürdigen Gebäuden werden.

Bei den in absteigender Reihe der Typisierung folgenden Gebäuden ist es mit bloßen Renovierungsarbeiten nicht mehr getan. Hier fehlt es bei normaler Wasserversorgung an den sanitären Anlagen, die Beseitigung der Fäkalien ist mindestens unzureichend. Das Beheben dieser Mängel erfordert bereits Umbaumaßnahmen im Hause und zum Teil auch Kanalisationsarbeiten auf und außerhalb des Grundstückes. In Schleswig-Holstein handelt es sich dabei um 81 000 Wohngebäude mit 127 000 Wohnungen, das entspricht etwa einem Viertel bzw. einem Fünftel der insgesamt erfaßten Wohngebäude und Wohnungen.

Wenn schon eine Sanierung von Gebäuden mit mangelhafter oder keiner Fäkalienbeseitigung bei normaler Wasserversorgung manche technischen und finanziellen Probleme aufwirft, wird dies um so schwieriger dort, wo in den Wohnungen oder gar in den Häusern keine Wasserzapfstellen sind. Hiervon sind im Lande Schleswig-Holstein, z. T. bedingt durch die bekannten wasserwirtschaftlichen Probleme der

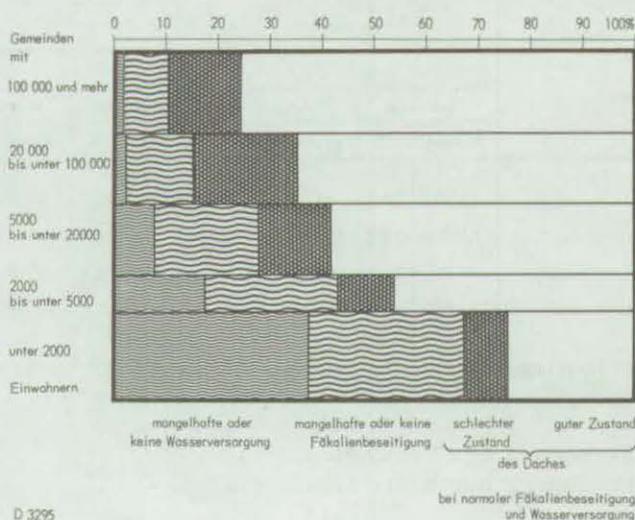
Westküste, 65 000 Gebäude mit mehr als 90 000 Wohnungen betroffen, das sind 19% bzw. 14% des Bestandes.

Wie bereits früher erwähnt, ist der Begriff der "Wohnwürdigkeit", ausgerichtet an der vorgegebenen Gebäudetypisierung, sehr relativ. Für eine sinnvolle Beurteilung des Ausmaßes einer Sanierung des Gebäude- und Wohnungsbestandes ist zusätzlich zu fragen, wo die Wohngebäude minderer Qualität liegen und um was für Gebäude es sich handelt.

In den Großstädten liegen 75% aller Wohnungen in vollwertigen Gebäuden

Der Unterschied zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Qualität des Wohnungsbestandes tritt bei einer Betrachtung der Gebäudetypen nach Gemeindegrößenklassen zu Tage. Das Ausmaß des Qualitätsunterschiedes ist dadurch gekennzeichnet, daß in unseren Großstädten Kiel und Lübeck verhältnismäßig ebensoviele Wohnungen in nicht zu beanstandenden Gebäuden liegen, wie in den kleinen Landgemeinden (unter 2 000 Einwohner) in Gebäuden, die mit Mängeln behaftet sind; für beide Gemeindegrößenklassen sind es mit entgegengesetzten Vorzeichen 75% des Wohnungsbestandes.

DIE WOHNUNGEN NACH GEMEINDEGRÖßENKLASSEN
UND GEBÄUDETYPEN 1961



Läßt man den Instandhaltungsgrad des Gebäudes bei der Bewertung der "Wohnwürdigkeit" außer Betracht, so sind in den Großstädten 90% der Wohnungen vollwertig, in den kleinen Landgemeinden nur ein Drittel. Fast ebenso groß ist bei diesen Gemeinden mit unter 2 000 Einwohnern der Anteil der Wohnungen mit mangelhafter Fäkalienbeseitigung. Da es sich hier in der Hauptsache um den Wohnungsteil bäuerlicher Betriebe handelt, verwundert dies nicht allzu

sehr. Herauszustellen ist aber, daß es bei mindestens jeder dritten Wohnung dieser ländlichen Gemeinden die Wasserversorgung zu wünschen übrig läßt.

In den zwischen den beiden Extremen liegenden Gemeindegrößenklassen verringern sich stetig die qualitativ schlechteren Wohnungen zugunsten der besseren. Vergleichsweise groß, nämlich 20%, ist der Anteil der Wohnungen in nur zu renovierenden Gebäuden bei unseren Mittelstädten der Größenklasse 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern.

Jedes fünfte Einfamilienhaus ohne Wasseranschluß

Auffallend groß ist die Zahl primitiver Bautypen bei den Ein- und Zweifamilienhäusern. Jedes fünfte Einfamilienhaus hat keinen Wasseranschluß im Gebäude, was gleichzeitig auf unhygienische Toilettenanlagen schließen läßt. Das letztere trifft auch noch für weitere 20% der Einfamilienhäuser zu. Die im weiteren Sinn vollwertigen, aber baulich schlecht instandgehaltenen Einfamilienhäuser sind wesentlich seltener als bei den Mehrfamilienhäusern. Annähernd die Hälfte der Ein- und Zweifamilienhäuser ist in einem guten baulichen Zustand und

entspricht den Anforderungen an die sanitären Anlagen und der Hygiene.

Die Bauernhäuser - diese Gebäudegruppe umfaßt auch die Kleinsiedler - und Nebenerwerbsstellen - sind hinsichtlich ihrer "Wohnwürdigkeit" bei den minderwertigen Gebäudetypen und bei den baulich vernachlässigten vollwertigen Typen ähnlich strukturiert wie die Einfamilienhäuser. Wesentlich größer als dort ist allerdings der Anteil der Bauernhäuser mit mangelhafter Fäkalienbeseitigung, und entsprechend geringer der Anteil der uneingeschränkt vollwertigen Typen, der nur rund 30% beträgt.

Das der städtischen Siedlungsform angehörende Mehrfamilienhaus hat am wenigsten Mängel. Zwei Drittel aller Wohnungen liegen in Mehrfamilienhäusern, die gut instandgehalten sind, Wasseranschluß haben und über hygienische sanitäre Anlagen verfügen. Verhältnismäßig häufig, 18%, sind die Wohnungen in nur renovierungsbedürftigen Mehrfamilienhäusern. Obwohl demnach rund 85% der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern durchaus den Ansprüchen genügen, muß trotzdem erwähnt werden, daß in Schleswig-Holstein etwa jede sechste Wohnung in Mehrfamilienhäusern nach heutigen Maßstäben unhygienisch ist und außerdem die Bewohner jeder 20. Wohnung das nötige Wasser von draußen holen müssen.

Die Wohngebäude nach Gebäudeart und Gebäudetyp

- 6. Juni 1961 -

Gebäude- typ	Insgesamt				davon											
					Ein-/Zweifamilienhäuser				Mehrfamilienhäuser				Bauernhäuser, Kleinsiedler- und Nebenerwerbsstellen			
	Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen		Gebäude		Wohnungen	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
A und B	65 437	18,9	91 044	13,8	50 195	21,1	63 024	20,6	4 129	7,3	14 926	5,1	11 113	21,7	13 094	21,2
C und D	81 284	23,5	125 790	19,0	53 499	22,5	70 402	23,0	8 252	14,6	32 389	11,0	19 533	38,1	22 999	37,2
E und F	37 030	10,7	88 199	13,3	21 105	8,8	30 271	9,9	11 070	19,5	51 823	17,6	4 855	9,5	6 105	9,9
G und H	162 001	46,9	356 522	53,9	113 086	47,5	141 841	46,4	33 147	58,6	195 048	66,3	15 768	30,8	19 633	31,8
Insgesamt	345 752	100	661 555	100	237 885	100	305 538	100	56 598	100	294 186	100	51 269	100	61 831	100

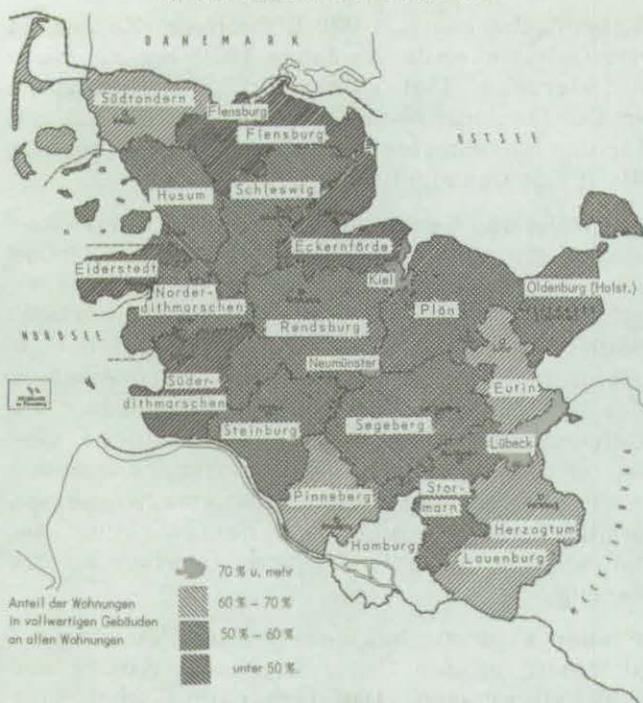
Flensburg der beste Stadtkreis,
Pinneberg der beste Landkreis

Bei einem Vergleich der kreisfreien Städte mit den Landkreisen erkennt man deutlich die starke Qualitätsabstufung des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Bei den Landkreisen fällt außerdem die weite Streuung des Qualitätsgrades auf, und zwar je nach dem, ob es sich mehr um ländliche Gebiete oder um mit städtischen Siedlungen stärker durchsetzte Kreise handelt. Unterscheidet man nur zwischen Wohngebäuden, die vom hygienischen und sanitären Standpunkt her gesehen in Ordnung sind oder nicht, so liegt

Flensburg deutlich an der Spitze der kreisfreien Städte. 96% der Wohnungen in Wohngebäuden sind hier ohne hygienische und sanitäre Mängel. Lübeck mit 87% solcher Wohnungen hat von den kreisfreien Städten die meisten Wohnungen minderer Qualität.

Bei den Landkreisen streut der Anteil der vollwertigen Wohnungen zwischen 33% im Landkreis Eiderstedt und 68% - also über das Doppelte - im Landkreis Pinneberg. Bei diesem Vergleich wird der Unterschied zwischen den reinen Landkreisen und den städtisch durchsetzten Kreisen des Ringes um Hamburg besonders

DER ANTEIL DER VOLLWERTIGEN WOHNUNGEN IN DEN KREISEN AM 6. JUNI 1961



deutlich. Auffallend gut ist der Qualitätsgrad des Wohnungsbestandes im Kreis Südtondern. Hier wirkt sich der Wohnungsbau im Zusammenhang mit der Landesverteidigung und die im allgemeinen sanitär besser ausgestatteten Wohnungen in den Bädergemeinden qualitätssteigernd aus. Ähnlich gut wie im Kreis Pinneberg sind im Durchschnitt die Wohnungen im Kreis Eutin und im Hzt. Lauenburg. Zu den Kreisen mit einer ausgesprochenen unterdurchschnittlichen Qualität des Wohnungsbestandes zählen neben Eiderstedt auch die Landkreise Süderdithmarschen und Flensburg. Trotz seines stark ländlichen Einschlages sind im Kreis Norderdithmarschen überdurchschnittlich viele vollwertige Wohnungen. Der Grund mag in der benachbarten Erdölindustrie liegen, die den sonst ländlichen Siedlungscharakter beeinflusst.

Der Renovierungsbedarf ist in der Stadt Flensburg, verglichen mit den anderen kreisfreien Städten und Kreisen, extrem hoch. Mehr als jede dritte Wohnung liegt dort in einem Gebäude, das den sanitären und hygienischen Anforderungen entspricht, aber dessen Instandhaltung vernachlässigt worden ist. Mit Abstand am besten sind die Wohngebäude in Kiel erhalten, was durch die inzwischen behobenen überdurchschnittlichen Kriegszerstörungen begründet ist.

In den Landkreisen sind die Wohngebäude im allgemeinen besser instand gehalten worden als in den Stadtkreisen. Besonders trifft dies für den Kreis Eiderstedt zu, wo nur 6% der gezählten Wohnungen in sonst vollwertigen aber zu

Die Wohnungen in Wohngebäuden nach zusammengefaßten Gebäudetypen kreisweise in % - 6. Juni 1961 -

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnungen	davon Typ			
		A und B	C und D	E und F	G und H
In %					
FLENSBURG	29 092	0,9	2,8	36,6	59,7
KIEL	82 599	0,3	8,1	9,5	82,1
LÜBECK	72 006	3,5	9,3	18,6	68,6
NEUMÜNSTER	23 240	5,1	6,2	16,0	72,7
Kreisfreie Städte	206 937	2,0	7,6	17,2	73,2
Eckernförde	16 982	24,5	29,1	8,5	37,9
Eiderstedt	5 436	22,8	44,3	5,8	27,2
Eutin	25 275	15,1	21,1	14,9	48,9
Flensburg-Land	17 257	34,1	22,5	12,2	31,3
Hzt. Lauenburg	37 670	17,1	19,4	13,8	49,7
Husum	17 507	25,2	23,6	14,2	37,0
Norderdithmarschen	16 593	14,5	28,3	17,2	40,0
Oldenburg (Holst.)	20 753	26,6	20,2	9,6	43,6
Pinneberg	60 688	12,2	19,5	10,0	58,3
Plön	29 956	18,6	27,3	8,1	46,0
Rendsburg	43 624	16,1	24,6	11,0	48,3
Schleswig	26 764	23,0	26,9	15,3	34,9
Segeberg	25 358	24,5	20,1	10,5	44,8
Steinburg	35 260	9,6	39,3	13,8	37,4
Stormarn	39 566	22,7	18,5	8,1	50,8
Süderdithmarschen	20 477	28,3	29,4	12,0	30,3
Südtondern	15 452	16,1	19,7	11,8	52,4
Kreise	454 618	19,1	24,2	11,6	45,1
Schleswig-Holstein	661 555	13,8	19,0	13,3	53,9

renovierenden Gebäuden liegen. Wesentlich schlechter ist im Durchschnitt der bauliche Zustand der Wohngebäude im Landkreis Norderdithmarschen.

Die primitivsten Gebäudetypen, also Gebäude ohne Wasserversorgung und demzufolge ohne ausreichende Fäkalienbeseitigung sind bei den kreisfreien Städten nur in Neumünster (5%) und Lübeck (3%) nennenswert. Bei den Landkreisen sind solche minderwertigen Wohnungen wesentlich häufiger anzutreffen. Hierzu zählt im Kreis Flensburg-Land jede dritte Wohnung, im Kreis Steinburg dagegen nur jede zehnte.

Wasser, aber keine ausreichende Fäkalienbeseitigung haben unter den kreisfreien Städten am häufigsten die Wohnungen in Lübeck und in Kiel (9% bzw. 8%), bei den Landkreisen in Eiderstedt (44%) und in Steinburg (39%).

Dipl.-Volksw. Alfons Fuchs

Vergleiche auch: "Die qualitative Abstufung der Wohngebäude im Juni 1961" und "Die sanitäre Ausstattung der Wohngebäude" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 164 (März) bzw. S. 418 (Juli)

Geburtenhäufigkeit 1961 und 1962

Die Zahl der Geburten in Schleswig-Holstein überstieg 1961 erstmalig seit 1950 wieder die 40 000er-Grenze. 1962 wurden mehr als 41 000 Kinder geboren, 1960 waren es nahezu 38 000 Kinder gewesen. Diesen Zahlen standen von 1960 bis 1962 jährlich etwa 27 000 - 28 000 Sterbefälle gegenüber. Der Geburtenüberschuß - seit Jahren steigend - belief sich 1961 auf beinahe 13 000 und trug damit die Hälfte der gesamten Bevölkerungszunahme dieses Jahres; 1962 gingen drei Fünftel der Bevölkerungszunahme auf das Konto des Geburtenüberschusses.

Mit dem Jahre 1956 beginnt in unserem Land eine Periode jährlich wachsender Geburtenzahlen, nachdem seit 1949 die Geburtenzahlen von Jahr zu Jahr zurückgegangen waren. Grob gesehen läuft damit die Geburtenkurve in gleicher Richtung wie die Entwicklung der Einwohnerzahl seit Kriegsende: zunächst starker Anstieg bis etwa 1950, dann allmählicher Abschwung der Kurve bis 1955. Der jährliche Geburtenertrag hat sich aber, wenn auch tendenziell gleichlaufend, so doch nicht im gleichen Ausmaß geändert wie die Einwohnerzahl. Während zum Beispiel die Bevölkerung von 1956 auf 1961 nur um etwa 3% anwuchs, hat die absolute Zahl der Geborenen in der gleichen Zeit um fast ein Viertel zugenommen. Demnach kann die Erhöhung der jährlichen Geburtenzahl nur zu einem ganz geringen Teil auf den allgemeinen Bevölkerungsanstieg zurückgeführt werden. Vielmehr muß die Geburtenhäufigkeit in der Bevölkerung erheblich zugenommen haben.

Um ein einfaches Maß für die Geburtenhäufigkeit zu erhalten, wird die Zahl der geborenen Kinder in Beziehung gesetzt zur Einwohnerzahl. Diese als Geburtenziffer bekannte Verhältniszahl ergab für 1961 siebzehn und für 1962 achtzehn

Lebendgeborene je 1 000 Einwohner. Zu Beginn der Geburtenwelle im Jahre 1956 lag sie noch bei vierzehn, 1960 kamen auf 1 000 Einwohner im Durchschnitt sechzehn Geborene. Die Ziffern für das Bundesgebiet liegen durchweg höher als die für Schleswig-Holstein.

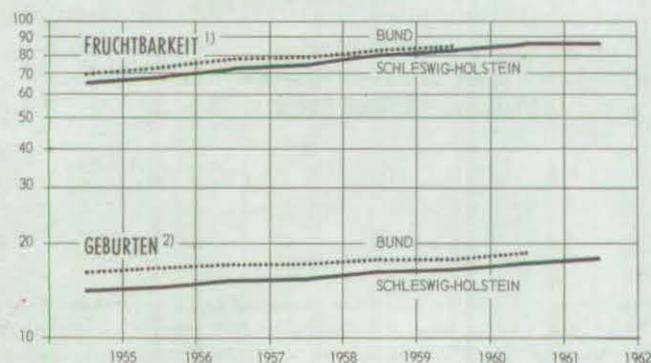
Die Höhe des Geburtenertrages einer Bevölkerung wird außer durch deren absolute Größe noch entscheidend bestimmt durch die Altersgliederung und die Geschlechterproportion. Selbst wenn die absolute Zahl der Geburten steigt, können relativ stärkere Vergrößerungen der Gruppe der Kinder und der alten Leute die Geburtenziffer senken. Unterschiedliche Geburtenziffern können daher unter Umständen eher eine geänderte Altersstruktur ausweisen als das, was sie eigentlich messen sollen: die tatsächliche Geburtenfrequenz in einer Bevölkerung.

Frauen sind nur in einem bestimmten Lebensabschnitt in der Lage, überhaupt Kinder zur Welt zu bringen. Das Gebäralter wird nach unten mit dem 15. Lebensjahr und nach oben mit dem 44. Lebensjahr begrenzt (die verhältnismäßig seltenen Fälle, daß jüngere oder ältere Frauen gebären, können vernachlässigt werden). Bezieht man die Geburten nun auf die Zahl der 15- bis 44jährigen Frauen, so bekommt man ein Maß, das unabhängig ist von der Besetzung der extremen Altersgruppen und von dem Anteil der Männer an der Bevölkerung. Es wird als allgemeine Fruchtbarkeitsziffer bezeichnet.

1961 und 1962 wurden von je tausend Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren 85 Kinder geboren. Im Jahre 1960 kamen auf tausend Frauen im Gebäralter durchschnittlich 82 Kinder. Gegenüber dem Jahre 1955 hat sich die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer um fast ein Drittel vergrößert. Diese Zunahme wird noch augenfälliger, wenn man die zugrunde liegenden Werte betrachtet: dem Geburtsjahrgang 1962 entstammten mit 41 200 Geborenen fast ein Drittel mehr Kinder als dem Jahrgang 1955 (31 900 Geborene), obwohl die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter 1962 (478 000) sogar um 3% kleiner war als 1955 (494 400).

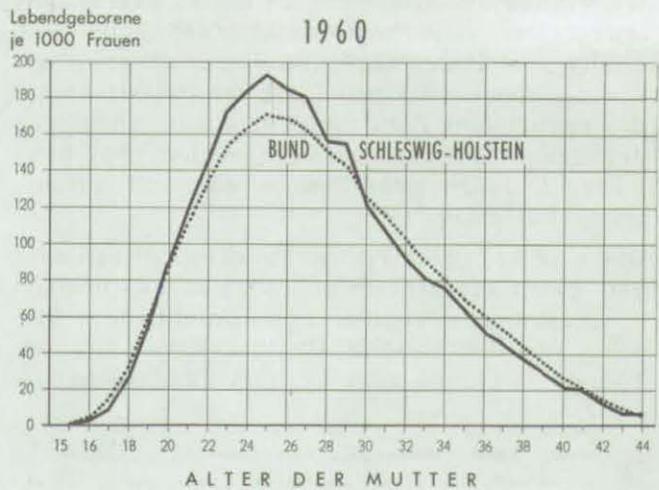
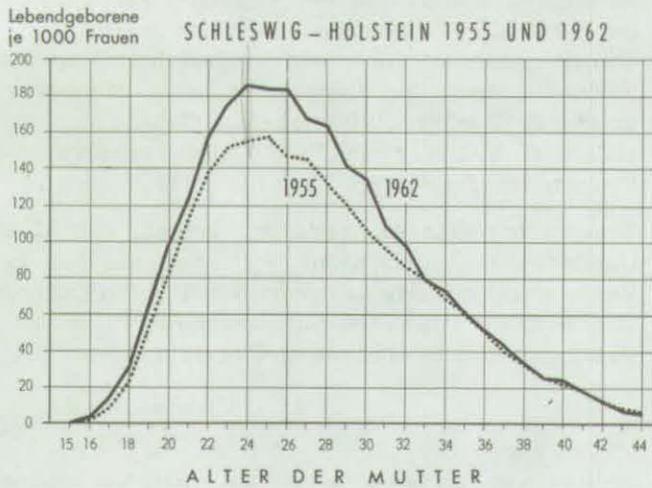
Ein Vergleich der allgemeinen Fruchtbarkeitsziffern für Schleswig-Holstein mit denen für den Bund zeigt, daß diese nicht so weit voneinander abweichen wie die Geburtenziffern (siehe das erste Bild). Daran wird besonders deutlich, daß die Eigenheiten des schleswig-holsteinischen Altersaufbaus und der Sexualproportion bei der Geburtenziffer relativ stark zu Buche schlagen, daß die Unterschiede in der eigentlichen Fruchtbarkeit jedoch verhältnismäßig klein sind.

D 3290 ALLGEMEINE FRUCHTBARKEIT- UND GEBURTENZIFFERN
1955-1962



1) Lebendgeborene auf 1 000 Frauen im Alter von 15 - 44 Jahren
2) Lebendgeborene auf 1 000 Einwohner

ALTERSSPEZIFISCHE FRUCHTBARKEITZIFFERN



Die Gruppe der Frauen zwischen 15 und 45 Jahren ist hinsichtlich des Beitrages zur Gesamfruchtbarkeit nicht homogen, da jüngere Frauen mehr Kinder gebären als Frauen, die sich dem Ende ihrer Gebärperiode nähern. Für Vorausberechnungen der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung beispielsweise ist daher die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer keine ausreichende Arbeitsgrundlage. Hier müssen altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern berechnet werden, um die Beteiligung von Frauen der einzelnen Altersjahre an der Gesamfruchtbarkeit bestimmen zu können. Dabei werden die Kinder von Müttern eines bestimmten Alters auf die Zahl der Frauen dieses Alters bezogen.

Die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern steigen anfangs steil an, erreichen bei den etwa 25 Jahre alten Frauen ihre höchsten Werte und sinken dann etwas langsamer ab bis zum Ende der Fruchtbarkeitsperiode. Das Maximum der Verteilung ist etwas nach links verschoben, weil die meisten Mütter ihre Kinder in relativ niedrigem Alter bekommen. Die Hälfte der Gebärleistung eines Jahres wird von Frauen bis zum 27. Lebensjahr - also von zwölf Jahrgängen - erbracht, während die andere Hälfte sich auf die Angehörigen von achtzehn Jahrgängen verteilt.

Die Fruchtbarkeitsziffer lag 1961 bei den Frauen aller Altersstufen (mit Ausnahme der 42- und 44jährigen) höher als 1955. Die Werte für 1962 weichen nur geringfügig von denen des Vorjahres ab, im Verlauf der Kurven selbst sind keine signifikanten Unterschiede festzustellen. Gegenüber 1955 läßt sich eine leichte Erhöhung des Beitrags der unter 31 Jahre alten Frauen zur Gesamfruchtbarkeit nachweisen. Dementsprechend liegt die Fruchtbarkeit der über 31 Jahre alten Frauen 1961/62 niedriger als 1955. Mit anderen Worten: 1955 haben die Frauen in der zweiten Hälfte ihrer Fruchtbar-

keitsperiode noch verhältnismäßig häufiger Kinder geboren als heute.

Im Vergleich mit den Ergebnissen für das Bundesgebiet 1960 weist Schleswig-Holstein nur bei den 20- bis 29jährigen Frauen höhere Ziffern auf. Die Fruchtbarkeitsziffern für die 15- bis 19jährigen und die Frauen ab 30 Jahren liegen dagegen unter denen des Bundes. Die gleiche Feststellung konnte auch bei den Ergebnissen für 1959 getroffen werden.

Die Ergebnisse der Volkszählung bieten für 1961 die Möglichkeit, Informationen über Umfang und Verlauf sowohl der ehelichen als auch der unehelichen Fruchtbarkeit zu gewinnen. Als Bezugsgrößen stehen aus der Volkszählung die Besetzungen der einzelnen Jahrgänge mit verheirateten und nichtverheirateten Frauen zur Verfügung.

Fruchtbarkeit nach Alter und Familienstand 1961

Alter der Mutter	Lebendgeborene je 1 000 Frauen	Ehelich Lebendgeborene je 1 000 verheiratete Frauen	Unehelich Lebendgeborene je 1 000 nichtverheiratete Frauen
15 - 19	22,9	776,1	6,5
20 - 24	143,8	1125,6 349,5	18,0
25 - 29	168,8	213,6	23,8
30 - 34	96,9	111,3	17,4
35 - 39	46,0	53,7	10,9
40 - 44	15,5	19,1	4,1

Der Verlauf der ehelichen Fruchtbarkeit ist durch überaus hohe Anfangswerte gekennzeichnet, die dann jedoch mit fortschreitendem Alter der Frauen rasch abnehmen. Immerhin hat im Jahre 1961 von den 16- bis 18jährigen verheirateten Frauen faktisch jede entbunden: auf 518 Ehefrauen dieses Alters entfielen 490 Geborene. Eine derart hohe Ziffer läßt vermuten, daß es in den meisten Fällen überhaupt erst zur Heirat kam, weil eine Schwangerschaft bestand.

(Bei im ganzen niedrigeres Geburtenniveau)

Die meisten Kinder jedoch (fast ein Viertel aller Lebendgeborenen) wurden von verheirateten Frauen im Alter von 23 bis 25 Jahren geboren. Daß sich für diese Altersstufe dennoch niedrigere Fruchtbarkeitsziffern ergeben als für die jüngeren Ehefrauen, ist statistisch auf die recht hohe Zahl von Verheirateten dieser Jahrgänge zurückzuführen: von den 1961 etwa 23 bis 25 Jahre alten Frauen waren drei Fünftel verheiratet¹.

Die unehelichen Fruchtbarkeitsziffern zeigen einen bis auf einige Zufallsschwankungen ausgeglichenen Verlauf mit allmählichem Anstieg und Abfall. Die Maxima liegen bei den Frauen zwischen dem 27. und 29. Lebensjahr

¹) Hinweis: Familienstandsquoten nach Alter und Geschlecht sind in Stat. Monatsh. S.-H. 1963 (Juli) in der Tabelle auf S. 199 veröffentlicht

mit 28 unehelich Geborenen je tausend nichtverheiratete Frauen. Auch hier ist aber zu berücksichtigen, daß in den betreffenden Jahrgängen gut 80% aller Frauen verheiratet waren. Insofern basieren die hohen unehelichen Fruchtbarkeitsziffern auf vergleichsweise niedrigen absoluten Werten: 219 unehelich Geborene verteilen sich auf rund 7 800 nichtverheiratete Frauen der Jahrgänge 1932 bis 1934.

Vergleichswerte dieser Art liegen für das Bundesgebiet noch nicht vor. Sie würden in Verbindung mit den hier veröffentlichten Zahlen interessante Hinweise auf Besonderheiten der Fruchtbarkeit in Schleswig-Holstein geben.

Dipl.-Volksw. Klaus Kamp

Vergleiche auch: "Die Geburtenhäufigkeit und Fruchtbarkeit in Schleswig-Holstein" in Stat. Monatsh. S.-H. 1961, S. 238 (Oktober)

Das Handwerk im Jahre 1962

Alle folgenden Angaben beziehen sich auf die Ergebnisse der vierteljährlichen repräsentativen Handwerksberichterstattung (ohne handwerkliche Nebenbetriebe)

Auch in einer vorwiegend durch Großbetriebe der Industrie charakterisierten Wirtschaft, wie sie in der Bundesrepublik gegeben ist, stellt das Handwerk einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Obwohl die Nachfrage technisch perfektionierte Massenprodukte bevorzugt, ist genügend Raum für das Handwerk geblieben. Mit etwa 145 000 Beschäftigten waren 1962 im schleswig-holsteinischen Handwerk etwa ebensoviel Personen tätig, wie im gesamten Handel (Großhandel, Einzelhandel und Handelsvermittlung). Die schleswig-holsteinische Industrie wies demgegenüber mehr als 180 000 Beschäftigte auf. Während jedoch im Handwerk der Beschäftigtenstand seit 1956 nur geringfügig gewachsen ist (+ 2%), nahm in der Industrie die Zahl der Beschäftigten im gleichen Zeitraum um etwa 20 000 (ca. 15%) zu.

Die Umsatzentwicklung war wertmäßig dagegen beim schleswig-holsteinischen Handwerk merklich lebhafter als in der Industrie. Seit 1955 hat sich der gesamte Umsatz des Handwerks ungefähr verdoppelt und erreichte 4 Mrd. DM, während der Industrieumsatz in der gleichen Zeit von 4,2 auf 7,4 Mrd. DM anstieg, was einer Zuwachsrate von etwa 76% entspricht. Daß die nominale Zuwachsrate im Handwerk über derjenigen der Industrie liegt, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in einigen Handwerksgruppen (z. B. Bauhandwerk) besonders in letzten Jahren Preisfaktoren stärker wirksam waren als in der Industrie.

Es steht außer Frage, daß die durchaus positive Entwicklung, die das Handwerk im ganzen seit 1955/56 genommen hat, nicht für alle Handwerkszweige zutrifft. Von der allgemein guten Konjunktur und den veränderten Verbrauchsgewohnheiten der Konsumenten wurden einige Handwerkszweige wie z. B. Kraftfahrzeugreparatur, Gas- und Wasserinstallation bevorzugt; sie konnten nicht nur ihre Beschäftigtenzahlen kräftig erhöhen, sondern auch ihre Umsätze wuchsen stärker als im Durchschnitt des gesamten Handwerks. Benachteiligt waren dagegen Handwerkszweige, die in der Holzverarbeitung tätig sind und die Bekleidungs- und Textilhandwerke. In den letzteren waren es besonders die Damen- und Herrenschneider, die seit 1956 etwa die Hälfte ihrer Beschäftigten verloren. Das wertmäßige Umsatzvolumen dieses Handwerkszweiges lag ebenfalls nur geringfügig (+ 6%) über dem im Jahre 1955 erreichten Umfang. In dieser Handwerksgruppe reflektieren sich beinahe ideal-typisch die ständigen Veränderungen, denen der Konsum in einer dynamischen Industriegesellschaft unterliegt. Die Konfektionsbekleidung als Massenprodukt industrieller Fertigungsbetriebe hat den durchschnittlichen Handwerksmeister weitgehend verdrängt; nur einige Spitzenbetriebe mit hochwertigen handwerklichen Leistungen auf der einen Seite und Reparaturbetriebe auf der anderen konnten sich behaupten. Mit steigendem Wohlstand werden zunehmend Güter des gehobenen Bedarfs, wie vollautomatische Haushaltsgeräte, Personenkraftwagen und anderes nachgefragt, deren laufende Instandhaltung den darauf spezialisierten Handwerkern

neue Tätigkeitsmöglichkeiten bieten. Handwerksbetriebe, die sich diesen Wandlungen anpassen können, werden bei anhaltend hohem Masseneinkommen auch in Zukunft eine auskömmliche Existenz finden. Vor Schwierigkeiten stehen dagegen Kleinbetriebe, deren wirtschaftliche Tätigkeit sich in heftiger Konkurrenz mit industriellen Großbetrieben befindet. Die Umstellungsschwierigkeiten sind hier besonders fühlbar, da neben fehlenden persönlichen Voraussetzungen (hohes Alter des Handwerksmeisters, zu wenig Nachwuchskräfte) die finanziellen Möglichkeiten nicht entfernt so groß sind, wie bei einem Industriebetrieb.

Der Rückgang des Betriebsbestandes, der sich aus allen verfügbaren Daten ergibt, hält weiter an. In der Mehrzahl der Fälle handelt es sich dabei um Betriebe mit wenigen Beschäftigten, überwiegend Einmannbetriebe. Dieser Schrump-

fungsprozeß hat aber nicht nur negative Seiten; er bewirkt - mindestens in der Tendenz - eine Konsolidierung der leistungsfähigeren Betriebe und erleichtert die Annäherung an optimale Betriebsverhältnisse¹.

Die Entwicklung im Jahre 1962 läßt, im ganzen gesehen, noch keine Abschwächungstendenzen erkennen. Der Gesamtumsatz lag um mehr als ein Zehntel (+ 11%) über dem Vorjahreswert; die Industrie konnte demgegenüber nur eine Zuwachsrate von 6% erreichen. Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin-West) stieg der gesamte Umsatz des Handwerks etwas schwächer als in Schleswig-Holstein. Der Umsatzzuwachs in Schleswig-Holstein wurde bei nicht nennenswert verändertem Beschäftigtenstand erzielt, im Bundesgebiet hat sich die Beschäftigtenzahl dagegen leicht erhöht (+ 1,4%).

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 1962

	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin)			
	Beschäftigte		Umsatz		Beschäftigte		Umsatz	
	1962	Veränd. gegen 1961 in %	1962 Mill. DM	Veränd. gegen 1961 in %	1962	Veränd. gegen 1961 in %	1962 Mill. DM	Veränd. gegen 1961 in %
Handwerk insgesamt	144 500	- 0	3 968	+ 11	3 470 600	+ 1,4	92 761	+ 10,3
Bau- und Ausbauhandwerke	57 200	- 2	1 119	+ 9	1 216 100	+ 3,0	23 854	+ 13,4
Metall verarbeitendes Handwerk	34 800	+ 1	1 251	+ 14	843 400	+ 2,3	30 040	+ 11,4
Holz verarbeitendes Handwerk	8 500	- 2	208	+ 7	246 600	- 2,7	6 196	+ 7,5
Bekleidungs-, Textil- und Leder verarbeitendes Handwerk	8 600	- 6	158	+ 2	309 100	- 2,2	5 396	+ 4,8
Nahrungsmittelhandwerke	21 100	+ 2	1 059	+ 12	472 700	+ 0,4	21 663	+ 7,9
Handwerke für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemische und Reinigungshandwerke	11 600	+ 3	103	+ 10	297 100	+ 1,5	3 228	+ 8,4
Glas-, Papier-, keramische und sonstige Handwerke	2 800	+ 7	70	+ 13	85 600	+ 1,2	2 385	+ 10,7

Beschäftigte

Der Beschäftigtenzahl nach steht das Bau- und Ausbauhandwerk an der Spitze aller Handwerksgruppen; etwa vier Zehntel aller im Handwerk tätigen Personen gehören dazu. An zweiter Stelle kommen die Metall verarbeitenden Handwerke mit knapp einem Viertel. Den dritten Platz mit etwas weniger als einem Sechstel der Beschäftigten nehmen die Nahrungsmittelhandwerke ein. An dieser Reihenfolge hat sich seit 1956 nichts geändert. Die Zahl der Beschäftigten in den Bau- und Ausbauhandwerken und in der Metallverarbeitung hat von 1956 bis 1962 noch um 8% bzw. 14% zugenommen. Im Nahrungsmittelhandwerk hat sich der Beschäftigtenstand nur knapp auf dem Niveau von 1956 halten können. Das Dienstleistungshandwerk, zu dem u. a.

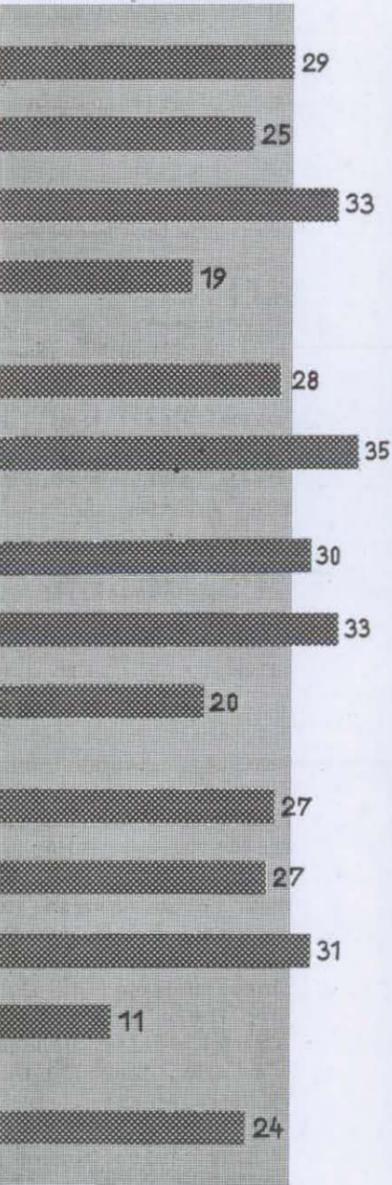
Friseure, chemische Reinigungsbetriebe und Wäschereien gehören, nahm hinsichtlich der Beschäftigtenzunahme voll an der allgemeinen Entwicklung des Handwerks teil, blieb aber in der Umsatzentwicklung unter dem Durchschnitt. Die wirtschaftlichen Veränderungen in den letzten Jahren bewirkten, daß in den Bekleidungs- und Textil- sowie Leder verarbeitenden Handwerken zusammengenommen die Entwicklung rückläufig war: Diese Handwerksgruppe hatte 1962 gut ein Drittel weniger Beschäftigte als 1956. Ihr Anteil an allen Beschäftigten, der 1956 noch knapp 10% betragen hatte, verringerte sich auf rund 6%. Ähnliche Auswirkungen zeigten sich bei den Holz verarbeitenden Handwerken, deren Beschäftigtenstand um 16% niedriger als 1956 war. In dieser Handwerksgruppe hat die Verwendung neuer Werkstoffe und der teilweise Übergang von handwerklicher Fertigung zu industrieller Produktion in einigen Zweigen, z. B. Stellmacher, Böttcher, tief-

¹⁾ siehe auch: Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1961, veröffentlicht in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 142 (Mai)

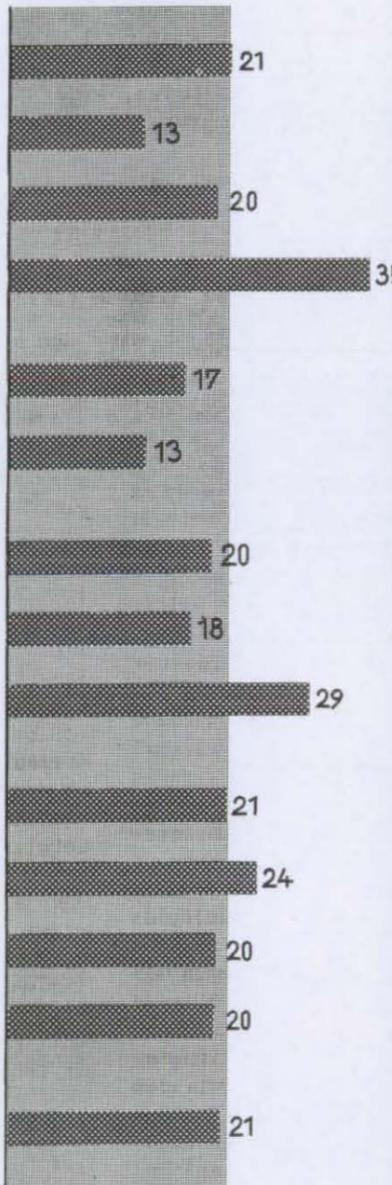
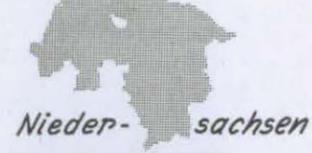
DIE AGRARLÄNDER DER BUNDESREPUBLIK

1960/62

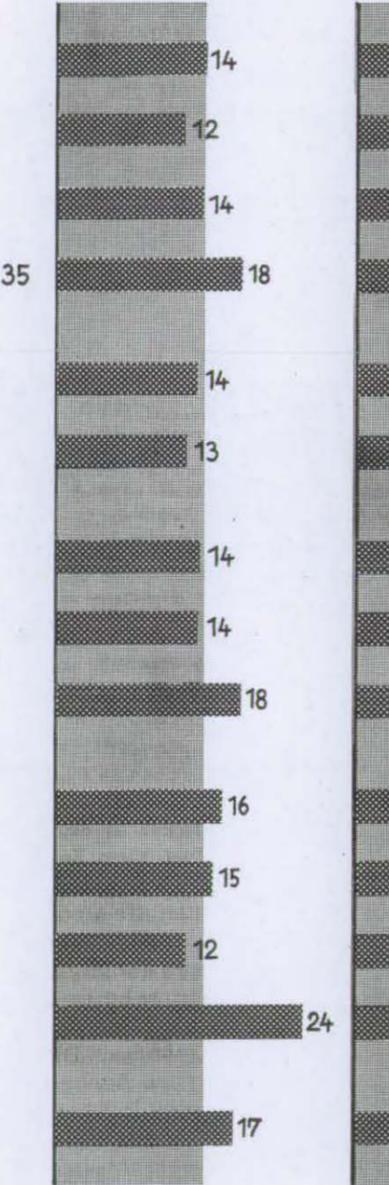
2 GROSSE AGRARLÄNDER



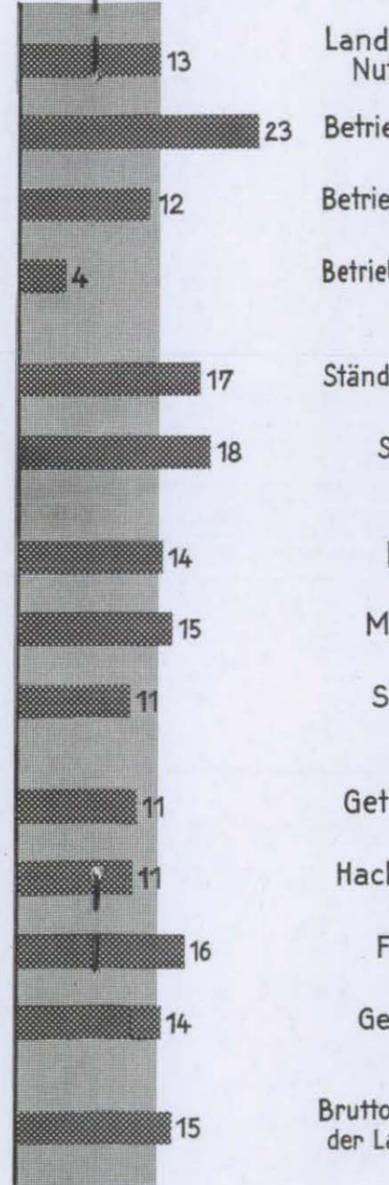
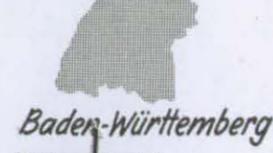
2 GROSSE AGRARLÄNDER



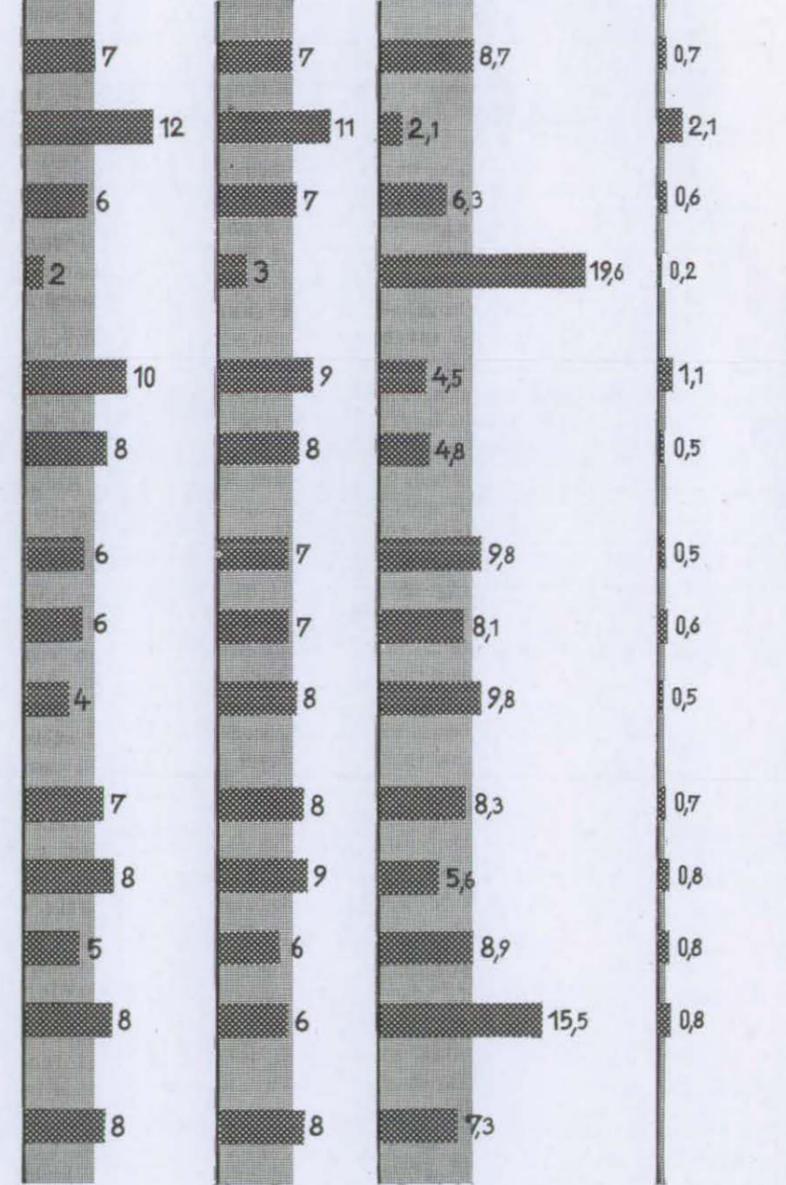
2 MITTLERE AGRARLÄNDER



2 MITTLERE AGRARLÄNDER



3 KLEINE AGRARLÄNDER



Anmerkung: Die Länge der Balken entspricht dem Anteil des betreffenden Landes an der Summe der dargestellten Länder. Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist zum Vergleich als durchgehendes Band fortgesetzt.

¹⁾ ohne Einachsschlepper ²⁾ ohne Gemüse ³⁾ auf Acker und Dauergrünland ⁴⁾ ohne Saarland

greifende Umstellungen erzwungen. Auch in der Umsatzentwicklung blieben beide Gruppen sichtlich unter dem Gesamtdurchschnitt.

Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) ist - abweichend von der schleswig-holsteinischen Entwicklung - ein leichter Anstieg (+ 1,4%) der Beschäftigtenzahl festzustellen. Bei den Bau- und Ausbauhandwerken erhöhte sich der Beschäftigtenstand im Bund um 3%, während die schleswig-holsteinischen Bauhandwerksbetriebe von 1961 bis 1962 etwa 2% der Beschäftigten verloren. In den übrigen Handwerksgruppen waren keine gegenläufigen Bewegungen zu erkennen. Unterschiede bestanden lediglich in der absoluten Größe der Veränderungsraten; die Grundrichtung der Entwicklung war gleichlaufend. Die rückläufige Tendenz z. B. bei den Beschäftigten der Gruppen Holz und Bekleidung ist in Schleswig-Holstein und im Bund gleichermaßen vorhanden.

Gewichtige strukturelle Unterschiede - wenn man von den Beschäftigtenzahlen in den Handwerksgruppen ausgeht - liegen ebenfalls nicht vor. Auch im Bund ist die stärkste Gruppe das Bauhandwerk; die relative Bedeutung - gemessen an den Anteilen: 35% im Bund gegenüber fast 40% in Schleswig-Holstein - ist in Schleswig-Holstein etwas größer. Das ist damit zu begründen, daß in hochindustrialisierten Räumen (z. B. Nordrhein-Westfalen) häufiger Bauvorhaben durchzuführen sind, die spezialisierten industriellen Bauunternehmen größere Chancen bieten als den vorwiegend auf Normalbauten eingestellten Handwerksbetrieben. Das Metall verarbeitende Handwerk nimmt bei nahezu gleichen Anteilen (Schleswig-Holstein: 24,0%, Bund: 24,3%) den zweiten Platz ein. Das Nahrungsmittelhandwerk hat im Lande etwas mehr Gewicht (14,6%) als im Bundesgebiet (13,6%). Umgekehrt ist es bei den Holz verarbeitenden Handwerken. In beiden Fällen dürfte standortbedingtes Rohstoffvorkommen (z. B. Holzreichtum in Bayern und Hessen, bedeutende Agrarproduktion in Schleswig-Holstein) nicht ohne Einfluß sein.

Umsatz

Während bei den Beschäftigten der größte Anteil (40%) auf die Bau- und Ausbauhandwerke entfällt, liegt beim Umsatz das Metall verarbeitende Handwerk an der Spitze. Es erzielte 1962 über 1,2 Mrd. DM Umsatz, das sind 31,5% des gesamten Handwerks. Beim Bauhandwerk waren es 1,1 Mrd. DM, und das Nahrungsmittelhandwerk mit 1,06 Mrd. DM Umsatz folgt dichtauf an dritter Stelle. Die drei genannten Handwerksgruppen zusammen bestreiten somit sechs Siebentel (86%) des gesamten Umsatzes im Handwerk.

Im Metallhandwerk stieg der Umsatz im letzten Jahr auch überdurchschnittlich an (+ 14%),

Unter den Metall verarbeitenden Handwerkszweigen treten die Kraftfahrzeughandwerker mit einer jährlichen Umsatzzunahme um ein Fünftel besonders hervor. Landmaschinenhandwerker sowie Gas- und Wasserinstallateure erzielten Zuwachsraten von 16% bzw. 14%. Merklich schwächer war die Umsatzentwicklung mit 3% bei den Elektroinstallateuren. Das Bau- und Ausbauhandwerk erreichte mit einer Zuwachsrate von 9% nicht ganz den Durchschnitt, was nicht zuletzt auf die Beeinträchtigungen durch die Witterung im vergangenen Jahr zurückzuführen sein dürfte. Von den bedeutenderen Zweigen dieser Handwerksgruppe hielt sich das Maurerhandwerk, das mit rund 720 Mill. DM oder zwei Drittel des Jahresumsatzes im gesamten Bau- und Ausbauhandwerk die Entwicklung entscheidend beeinflußt, auf dem Durchschnitt (+ 9%). Die Zimmereibetriebe lagen mit 5% Zuwachs etwas ungünstiger. Im Straßenbau tätige Handwerksbetriebe konnten trotz rückläufiger Beschäftigtenzahl (- 11%) ihre Umsätze um mehr als ein Zehntel erhöhen. Das Malerhandwerk schnitt unter den Bauhandwerken mit einer Zuwachsrate von 12% am günstigsten ab.

Im Nahrungsmittelhandwerk (+ 12%) kamen Bäcker und Konditoren auf Zuwachsraten von 14%, während Fleischereien mit 9% sowohl unter der durchschnittlichen Zuwachsrate ihrer Handwerksgruppe als auch unter der des gesamten Handwerks blieben. Stark differierende Umsatzentwicklungen gab es im Bekleidungshandwerk. Bei einer Umsatzerhöhung um 2% für diese Gruppe konnten die Damen- und Herrenschneider - allerdings bei deutlich verminderter (- 9%) Beschäftigtenzahl - nur ungefähr den vorjährigen Umsatzumfang aufrechterhalten, demgegenüber erzielten die Kürschner beinahe ein Viertel (23%) mehr Umsatz als im Vorjahr. Diese Zuwachsrate wurde von keinem weiteren ausgewiesenen Handwerkszweig erreicht. Ähnliche Unterschiede zeigten sich auch bei den Handwerken für Gesundheits- und Körperpflege einschl. Reinigungshandwerken; die Friseure gehörten mit 15% Umsatzzuwachs zu den kräftig expandierenden Zweigen, während die Wäschereien und Plättereien - als einziger ausgewiesener Zweig - den Vorjahresumsatz nicht erreichten (- 1%).

Bei einem Vergleich mit dem Bundesgebiet sind - wie bei den Beschäftigten auch - nur graduelle Unterschiede festzustellen. Der gesamte Umsatz des Handwerks entwickelte sich in Schleswig-Holstein mit + 11% nur geringfügig besser als im Bund (+ 10,3%). In einzelnen Gruppen gab es dagegen größere Abweichungen: So belief sich die Umsatzzunahme beim Bauhandwerk im Bund auf 13,4%, während sie in Schleswig-Holstein nur 9% betrug. Entsprechendes gilt auch für die Bekleidungshandwerke, deren Umsatz im Bund

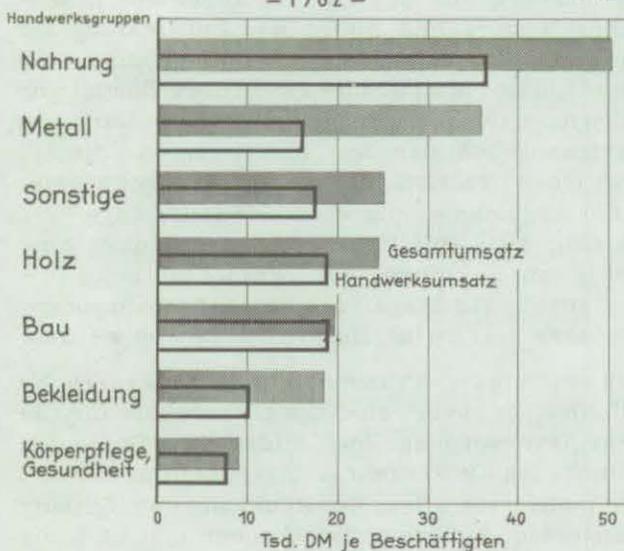
um beinahe 5%, in Schleswig-Holstein aber nur um 2% zunahm. Umgekehrt liegen die Dinge in den Handwerksgruppen Metall und Nahrungsmittel, Gesundheits-, Körperpflege, Reinigung, Glas-, Papier- und sonstigen Handwerken; die Zuwachsraten liegen in Schleswig-Holstein deutlich über denen des Bundes. Ungefähr übereinstimmend war die Umsatzentwicklung beim Holz verarbeitenden Handwerk.

Über die wirtschaftliche Situation im Handwerk liegen leider nur wenig aktuelle Daten vor. Aus der vierteljährlichen Handwerksberichterstattung lassen sich nur Angaben über Beschäftigte, Gesamtumsatz, Handwerksumsatz und Handelsumsatz gewinnen. Aus methodischen Gründen (Stichprobenverfahren) sind auch nicht für alle Handwerkszweige und in tieferer regionaler Gliederung sichere Angaben zu erhalten. Die nachstehend gegebenen Kennziffern für den Umsatz je Beschäftigten können daher nur als ungefähre Mittelwerte angesehen werden, von denen beträchtliche Abweichungen im Einzelfall nach oben und unten durchaus möglich sind. Ein Vergleich dieser Angaben mit den entsprechenden aus der Industrie ist daher auch nur unter Vorbehalten möglich, da abgesehen von wesentlichen Unterschieden im Produktionsverfahren usw. auch die systematische Zuordnung in beiden Bereichen nicht genau die gleiche ist.

DER UMSATZ JE BESCHÄFTIGTEN IM HANDWERK

- 1962 -

D-3281



Im gesamten Handwerk wurden 1962 rund 28 000 DM Umsatz je Beschäftigten erzielt; davon waren etwa 8 000 DM Umsätze, die nicht aus der eigentlichen handwerklichen Tätigkeit herrührten, nämlich Handelsumsätze. Zum Vergleich dazu stellte sich in der Industrie der Umsatz je Beschäftigten auf 42 300 DM. Den höchsten Umsatz je Beschäftigten im Handwerk mit über 50 000 DM, davon etwa 14 000 DM Handelsumsatz, erzielten die Nahrungsmittelhandwerke. Diese Ergebnisse befinden sich in

gewisser Übereinstimmung mit denen der Industrie, wo der höchste Umsatz je Beschäftigten ebenfalls in den Industriegruppen "Nahrungs- und Genußmitteln" ermittelt wurde. Er belief sich für die Industrie auf über 100 000 DM, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß von diesem Wert ein beachtlicher Teil auf Verbrauchssteuern entfällt (etwa 20%). Den niedrigsten Umsatz je Beschäftigten (8 800 DM) hatten die überwiegend im Dienstleistungssektor tätigen Handwerkszweige Gesundheit, Körperpflege und Reinigung. Die Metall verarbeitenden Handwerke erzielten 36 000 DM Umsatz je Beschäftigten, hiervon waren aber fast 20 000 DM Handelsumsatz. Vergleicht man diese Handwerksgruppe mit den etwa übereinstimmenden Industriegruppen Maschinenbau, Elektrotechnik und sonstige Metallverarbeitung, wobei man beim Handwerk nur den Handwerksumsatz zugrunde legen darf, da in der Industrie Handelsumsätze im allgemeinen keine so große Rolle spielen, dann zeigt sich, daß die handwerklichen Umsätze je Beschäftigten (16 100 DM je Beschäftigten) bei weitem nicht die entsprechenden Werte in der Industrie erreichen, die sich je nach Industriegruppe zwischen 24 000 und 30 000 DM bewegen.

Handelsumsatz

Wie in den Vorjahren hat auch 1962 die Tendenz des stärkeren Wachstums beim Handelsumsatz angehalten. Während der Gesamtumsatz um 11% gegenüber 1961 zunahm, betrug die Steigerung beim Handelsumsatz 13%. Noch deutlicher wird diese unterschiedliche Entwicklung, wenn man einen längeren Zeitraum betrachtet. Von 1955 bis 1962 hat sich der Gesamtumsatz etwa verdoppelt (+ 104%), der Handelsumsatz nahm in dem gleichen Zeitabschnitt um 147% zu. Der Handelsumsatz hat in den einzelnen Handwerksgruppen stark unterschiedliche Bedeutung: Während vom gesamten Umsatz des Handwerks drei Zehntel auf Handelsumsatz entfallen, sind es bei den Bauhandwerken nur etwa 3%, bei den Metall verarbeitenden Handwerken jedoch mehr als die Hälfte (55%) des Gesamtumsatzes. Bei vordergründiger Betrachtung einiger Handwerkszweige dieser Gruppe könnte man zu dem Schluß kommen, daß hier die Handelstätigkeit die wirtschaftliche Situation der Handwerksbetriebe bestimmt. Geht man jedoch von der möglichen Wertschöpfung aus, dann dürfte die numerische Überlegenheit der Handelstätigkeit generell nicht mehr gegeben sein. Die Handwerksbetriebe dieser Gruppe stellen eine Kombination verschiedener Funktionen dar. Die Handelsfunktion ist hier eng mit der Produktionsfunktion, zu der hier auch die laufende Instandhaltung von Maschinen und Geräten gerechnet wird, verknüpft. Kraftfahrzeuge, Landmaschinen, Büromaschinen, Elektrogeräte u. ä.

werden zwar kaum noch als handwerkliche Einzelstücke, sondern fast ausschließlich als industrielle Massenprodukte hergestellt. Die störungsfreie Verwendung dieser Güter in der Produktion und besonders im privaten Haushalt ist aber nur dann sichergestellt, wenn die Maschinen und Geräte ständig von einem Fachmann überwacht und instandgehalten werden. Die ständige Betreuung, mit einem modernen Schlagwort: der "Service", wird mehr und mehr wesentlicher Bestandteil eines technisch hochwertigen Produktes. Das hat zur Folge, daß bei Anschaffung dieser Güter die starke Neigung vorhanden ist, sie dort zu kaufen, wo der genannte Service sichergestellt ist, d.h. beim

örtlich erreichbaren Handwerker. Der Tatbestand, daß der Handwerker nicht nur seine selbsthergestellten Erzeugnisse verkauft, sondern in zunehmendem Maße mit fremdbezogenen Waren handelt, macht manche Korrekturen an dem "alten" Bild des Handwerks nötig, eröffnet ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit, einen guten Platz in der arbeitsteiligen Volkswirtschaft zu behalten.

Dipl.-Volksw. Siegfried Schwarz

Vergleiche auch: "Das Handwerk in Schleswig-Holstein im Jahre 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 182 (Juni) und "Beschäftigung und Umsatz des Handwerks 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 355 (Juni)

Der Strukturwandel im Güterverkehr auf den Eisenbahnen in den Jahren 1959 bis 1961

Die transportierte Gütermenge auf den Eisenbahnen in Schleswig-Holstein hat sich während der Jahre 1959 bis 1961 unterschiedlich entwickelt. Im Jahre 1959 ging das Transportaufkommen gegenüber dem Vorjahre um 4% zurück; 1960 stieg die beförderte Gütermenge um 7% gegenüber 1959 an. Das Jahr 1961 brachte dann keine wesentliche Veränderung gegenüber dem Vorjahre. Verfolgt man das Verkehrsaufkommen der beiden anderen Hauptverkehrsträger (Schifffahrt und Lastkraftwagen) während des gleichen Zeitraums, so wird deutlich, daß sich die Zunahme der insgesamt beförderten Gütermenge hauptsächlich auf die Schifffahrt auswirkte. Der Anteil der Eisenbahnen und der Lastkraftwagen am Zuwachs hält sich in bescheidenen Grenzen.

Beförderte Gütermenge nach Verkehrsträgern

	1959		1960		1961	
	Mill. t	Veränd. geg. Vorj. in %	Mill. t	Veränd. geg. Vorj. in %	Mill. t	Veränd. geg. Vorj. in %
Eisenbahn ¹	7,35	- 4	7,89	+ 7	7,98	+ 1
Schifffahrt ²	9,79	+ 5	11,53	+ 18	12,32	+ 7
Lastkraftwagen ³	4,21	+ 9	4,43	+ 5
Insgesamt	21,35	+ 2	23,85	+ 12

1) ohne Dienstgutverkehr und lebende Tiere 2) See- und Binnenschifffahrt 3) nur Güterfernverkehr

Die Schifffahrt beförderte im Jahre 1961 in Schleswig-Holstein 12,3 Mill. t Güter, das sind 26% mehr als im Jahre 1959. Mit dieser Transportmenge erreichte sie eine neue Höchstleistung nach dem Kriege. Die Eisenbahnen beförderten demgegenüber im Jahre 1961 nur ca.

8 Mill. t Güter oder 9% mehr als im Jahre 1959. Diese Gütermenge liegt immer noch erheblich unter der des Jahres 1956, in dem die höchste Transportleistung der Eisenbahnen nach dem Kriege in Schleswig-Holstein erreicht wurde. Damals wurden auf den Schienen 9,9 Mill. t befördert (einschließlich etwa 1 Mill. t Dienstgut). Für die Güterbeförderung mit Lastkraftwagen liegen Angaben für das Jahr 1961 noch nicht vor.

Die Gründe für das Zurückbleiben des Eisenbahngüterverkehrs hinter der Entwicklung der Transportleistung anderer Verkehrsträger sind verschieden. Man könnte ein ganzes Bündel von Gründen anführen. Einen Nachweis an Hand von Zahlenangaben darüber zu führen, wo die eigentlichen Ursachen liegen, ist recht schwierig. Viele Argumente, die immer wieder angeführt werden, sind mit Hilfe der Statistik nicht eindeutig zu beweisen. Auf zwei wesentliche Ursachen für das Stagnieren des Eisenbahngüterverkehrs soll im folgenden eingegangen werden.

Das wichtigste Transportgut im Güterverkehr auf der Schiene sind die Grundstoffe für die Energieversorgung. Sie bilden die Basis des Eisenbahngüterverkehrs. Statistisch nachweisbar ist nun vor allem der Rückgang der Kohlentransporte auf den Eisenbahnen seit 1956 und deren Stagnieren. Dem steht zwar eine stetige Zunahme der Mineralöltransporte seit dem gleichen Zeitpunkt gegenüber; sie ist jedoch wesentlich geringer als die Abnahme der Kohlentransporte.

Im Jahre 1956 wurden in Schleswig-Holstein noch 3,2 Mill. Tonnen Kohle auf der Schiene befördert. Im Jahre 1961 waren es nur 1,8 Mill. Tonnen. Der Transport von Mineralöl stieg in derselben Zeit von 1,1 Mill. Tonnen auf 1,7 Mill. Tonnen an.

Es wäre verfehlt, aus diesem erheblichen Absinken der Kohlentransporte auf den Eisenbahnen auf einen entsprechenden Rückgang des Verbrauchs an Kohlen zu schließen. Dem steht ein erheblicher Anstieg der Kohlentransporte nach Schleswig-Holstein auf dem Seewege entgegen. Es handelt sich hierbei zum überwiegenden Teil um ausländische Kohle, die seit 1956 in zunehmendem Maße hierher verschifft und in unserem Land abgesetzt wird. Der Empfang dieser Kohle stieg von 1,0 Mill. Tonnen im Jahre 1956 auf 1,6 Mill. Tonnen im Jahre 1961 an. Gleichzeitig ging der Versand von Kohle auf dem Wasserwege aus Schleswig-Holstein erheblich zurück.

Die Entwicklung hängt einmal eng mit dem Absinken der Frachttarife in der Seeschifffahrt zusammen, zum anderen wirken sich wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus, die eine verstärkte Einfuhr ausländischer Kohle gestatten. Auf die Kohlentransporte mit der Eisenbahn nach Schleswig-Holstein blieben diese Ereignisse nicht ohne Folgen.

Ferner sei der Wandel in der Energieversorgung erwähnt, der sich infolge neuer technischer Entwicklungen und des Vorhandenseins neuer Rohstoffquellen vollzieht. Trotz wachsenden Energiebedarfs bei allen Abnehmern, insbesondere in der Industrie, nimmt der Verbrauch von Kohlen langsam ab oder stagniert. Man vergleiche hierzu die Veränderung im Energieverbrauch in der Industrie in der Zeit von 1956 bis 1961.

Der steigende Bedarf an Energie wird auch in Zukunft in zunehmendem Maße durch Strom und Heizöl gedeckt werden. Für die Eisenbahn wirkt sich das nachteilig aus, weil der Eisenbahntransport von Mineralöl in großen Mengen sich

Energieverbrauch in der Industrie¹

	Kohle in 1 000 t SKE ²	Strom in Mill. kWh	Heizöl in 1 000 t
1956	931	736	309
1959	722	907	488
1961	816	1 054	602

1) ohne Energie- und Bauwirtschaft 2) SKE = Steinkohleeinheit (= 1 t Steinkohle oder 1,5 t Braunkohlenbriketts oder 3 t Rohbraunkohle)

auf die Dauer nicht rentiert. Die Beförderung in Rohrleitungen ist hier offensichtlich billiger. Sofern die Beförderung auf dem Wasserwege möglich ist, stehen die Eisenbahnen beim Transport von Massengütern ohnehin mit der Schifffahrt in hartem Konkurrenzkampf.

Der steigende Stromverbrauch bewirkt ebenfalls ein Stagnieren der Kohlentransporte auf dem Landwege, da der Versand dieses Energieträgers von Transportmitteln weitgehend unabhängig ist. Die für die Stromerzeugung benötigten Brennstoffe werden in der Regel nicht mit der Eisenbahn herangeschafft.

Ein Anwachsen der Kohlen- und Öltransporte auf der Schiene, etwa in dem Maße wie der Energieverbrauch steigt, ist also in Zukunft nicht zu erwarten. Damit verliert ein wesentlicher Teil des Eisenbahngüterverkehrs nach und nach an Bedeutung, ohne daß ein Ersatzgut in entsprechendem Umfang auf der Schiene transportiert werden muß. Voraussichtlich wird sich diese Entwicklung noch weiter fortsetzen.

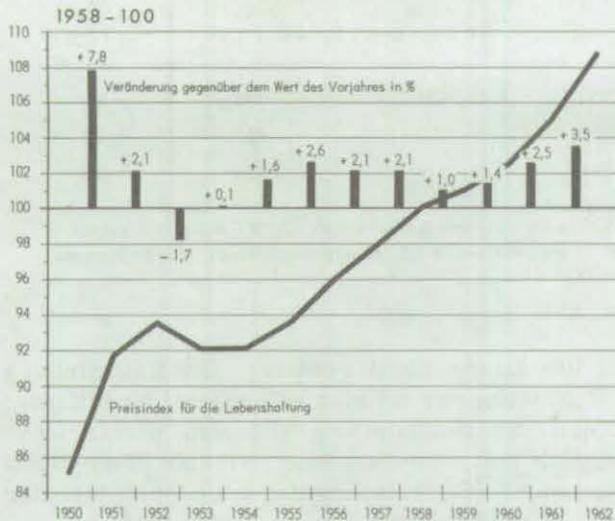
Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahre 1962

Die Entwicklung der Verbraucherpreise interessiert alle Bevölkerungskreise. Jeder Bürger, sei er nun Selbständiger, Rentner oder Arbeitnehmer, möchte gern für die Waren, Dienste und Nutzungen, die er kauft, möglichst wenig bezahlen. Sinkende oder gleichbleibende Preise empfindet der Verbraucher angenehm, steigende Preise beunruhigen ihn, weil seine Lebenshaltung dadurch teurer wird, und weil er um den Wert seiner Ersparnisse fürchtet. Wer feststellen will, wie stark die Preise steigen, ist nicht auf Einzelbeobachtungen angewiesen, sondern kann sich mit Hilfe von statistischen Ergebnissen informieren. Die amtliche Statistik berechnet laufend den "Preisindex für die

Lebenshaltung", der anzeigt, wie sich die Verbraucherpreise ändern. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht monatlich Preisindexziffern für die gesamte Lebenshaltung und für die einzelnen Bedarfsgruppen, wie Ernährung, Bekleidung, Wohnung usw. (vgl. Bild 2). Die Preisindexziffer für die gesamte Lebenshaltung, die im folgenden kurz "Preisindex" genannt wird, gibt an, wie sich das durchschnittliche Preisniveau eines Monats oder eines Jahres gegenüber dem durchschnittlichen Preisniveau des Jahres 1958 geändert hat. Für 1962 betrug der Preisindex z. B. 108,7. Das bedeutet, die Verbraucherpreise erhöhten sich in den 4 Jahren von 1958 bis 1962 um 8,7%.

DIE VERTEUERUNG DER LEBENSHALTUNG DER MITTLEREN VERBRAUCHERGRUPPE

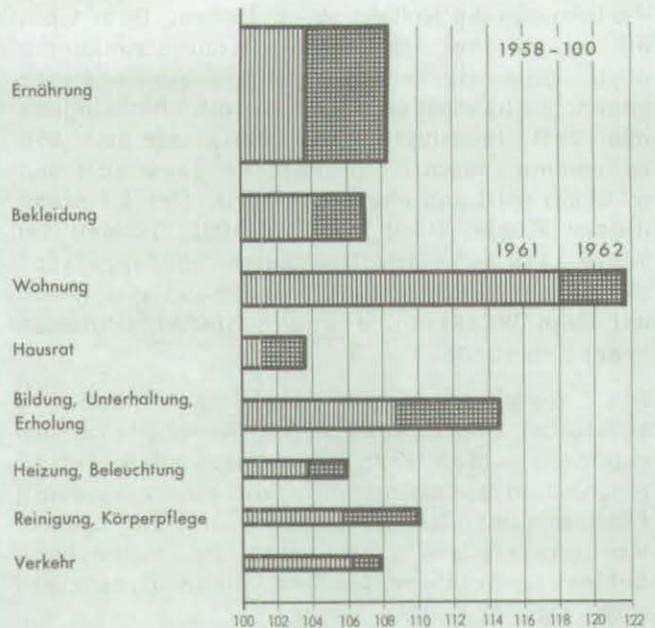


Die Lebenshaltung hat sich seit 1954 ständig verteuert, wie das obenstehende Bild zeigt. Der Preisindex kletterte von 1954 bis 1961 im Schnitt in jedem Jahr um 1,9%. Viermal lag die durchschnittliche jährliche Verteuerung zwischen 2,1 und 2,6%, dreimal zwischen 1,0 und 1,6%. Im letzten Jahr mußten die Verbraucher eine überdurchschnittliche Preiserhöhung hinnehmen. Der im Laufe des Jahres 1962 eingetretene Preisanstieg (3,5%) war der größte seit der ungewöhnlich hohen Preissteigerung während der Koreakrise im Jahre 1951.

Das zweite Bild veranschaulicht, in welchem Maße die einzelnen Bedarfsgruppen an der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung beteiligt waren. Die Breite der Balken drückt aus, welches Gewicht die einzelnen Bedarfsgruppen bei den Lebenshaltungsausgaben der mittleren Verbrauchergruppe haben. Die bei weitem wichtigste Bedarfsgruppe ist "Ernährung", dann folgen "Bekleidung" und "Wohnung". Weniger stark zu Buch schlagen die Ausgaben für "Verkehr" sowie "Reinigung und Körperpflege". Die gesamte Länge der Balken gibt an, wie stark die Preise in den einzelnen Bedarfsgruppen von 1958 bis 1962 gestiegen sind. Am meisten verteuert haben sich in den 4 Jahren das Wohnen und die Ausgaben für "Bildung, Unterhaltung und Erholung", am wenigsten die Ausgaben für "Hausrat" und "Bekleidung". Der äußere Teil der Balken, der anders schraffiert ist, zeigt an, welcher Anteil der gesamten Verteuerung allein auf das Jahr 1962 entfällt.

Auffallend ist das starke Ansteigen der Nahrungsmittelpreise. So verteuerte sich die Ernährung im Laufe des Jahres 1962 stärker als in den 3 Jahren davor zusammen. Diese Verteuerung traf die Verbraucher besonders hart, weil rund zwei Fünftel der gesamten Haushaltsausgaben der Ernährung dienen. Bei den Ver-

DER PREISANSTIEG IN DEN BEDARFSGRUPPEN



brauchern mit geringerem Einkommen ist der Anteil der Ernährungsausgaben noch höher, so daß gerade die sozial schwachen Schichten unter dieser Verteuerung am meisten gelitten haben. Als Gründe für den Preisanstieg bei den Nahrungsmitteln sind die ungünstige Ernte im Jahre 1961 und das schlechte Wetter im Jahre 1962 zu nennen, vor allem der langanhaltende Frost im Frühjahr, sowie das frühe Einsetzen der winterlichen Temperaturen gegen Ende des Jahres. Die monatliche Indexziffer für "Ernährung" stieg von 104,7 im Dezember 1961 bis auf 112,3 im Juli 1962 und sank bis Dezember 1962 wieder auf 108,3. Vor allem die Preise für Kartoffeln, Gemüse und Obst schwankten ungewöhnlich stark und erreichten zum Teil Höhen wie in keinem der letzten Jahre.

Außer der Bedarfsgruppe "Ernährung" hatten die Bedarfsgruppen "Bildung, Unterhaltung und Erholung" sowie "Reinigung und Körperpflege" überdurchschnittliche Preiserhöhungen im vorigen Jahr zu verzeichnen. Im einzelnen sind diese Verteuerungen auf Preissteigerungen bei Schreibwaren und Druckerzeugnissen, bei Eintrittskarten für Theater und Kino und auf teurer gewordene Urlaubsreisen zurückzuführen. Unter den Preisen für "Reinigung und Körperpflege" wurden Seife, Friseurleistungen sowie das Reinigen von Wäsche, Kleidung und Wohnung teurer.

Dr. Enno Heeren

Vergleiche auch: "Die Entwicklung der Verbraucherpreise" in Stat. Monatsh. S.-H. 1962, S. 323 (Oktober)

Öffentliche Jugendhilfe 1962

Obgleich das Gesetz für Jugendwohlfahrt (JWG) vom 11. August 1961 bereits am 1. Juli 1962 in Kraft trat und Änderungen und Ergänzungen der Jugendhilfemaßnahmen brachte, wurde die Jahresstatistik der öffentlichen Jugendhilfe erst am 1. Januar 1963 umgestellt; sie wird daher erst für 1963 Ergebnisse liefern, die den neuen Bestimmungen angepaßt sind. Für 1962 konnten die früheren Zahlenreihen über den Personenbestand, gegliedert nach Aufgabengebieten, über die örtlichen Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe sowie die Zahl der verfügbaren Plätze fortgeschrieben werden. Allerdings sind die 62er Zahlen nicht uneingeschränkt mit den älteren vergleichbar, denn das alte Erfassungsschema paßt nicht ganz auf die neuen Leistungen, die von den Jugendwohlfahrtsbehörden bereits im 2. Halbjahr 1962 nach den Bestimmungen des JWG erbracht wurden. Zum Beispiel mußten die Fälle der neuen Erziehungsbeistandschaft zusammen mit den Fällen der bisherigen Schutzaufsicht ausgewiesen werden, obwohl Unterschiede in den rechtlichen Voraussetzungen und den persönlichen Auswirkungen beider Institutionen bestehen.

Maßnahmen der Jugendhilfe

Von der Zahl der schutzbedürftigen Minderjährigen her beurteilt, lagen 1962 wie in den Vorjahren die Hauptaufgaben der Jugendämter auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens und der Pflegeaufsicht. Ende 1962 standen insgesamt rund 26 600 Kinder in Schleswig-Holstein unter Pflegeaufsicht, und mehr als doppelt so viele, nämlich rund 56 900, wurden von den Jugendämtern in deren Eigenschaft als Gemeindevorstand betreut. Beide Zahlen haben sich gegenüber 1961 leicht erhöht.

Die eine Hälfte der Mündel stand unter Amtsvormundschaft, so daß den Jugendämtern das Sorgerecht für die Person und das Vermögen oblag, die andere Hälfte unter Einzelvormundschaft. Vereins- und Anstaltsvormundschaften gab es in Schleswig-Holstein nicht. Rund 95 % der Amtsmündel waren uneheliche Kinder. 8% der Amtsvormundschaften waren vom Vormundschaftsgericht bestellt, weil kein geeigneter Vormund gefunden wurde; in den übrigen Fällen trat die Amtsvormundschaft kraft Gesetzes infolge unehelicher Geburt ein. Im Berichtsjahr trat bei der gesetzlichen Vormundschaft ein Rückgang um rund 450 Mündel (= 2%) ein, bei der Einzelvormundschaft dagegen ein Zugang um rund 3 200 (= 13%). Die 3 390 Zugänge des Berichtsjahres bei der gesetzlichen Amtsvormundschaft waren überwiegend auf Geburten unehelicher Kinder zurückzuführen.

Von den unter Pflegeaufsicht stehenden Kindern hat gegenüber Ende 1961 die Zahl vornehmlich der "eigentlichen" Pflegekinder zugenommen. Dies dürfte seine Ursache in der neuen Bestimmung des JWG haben, durch die das Schutzalter der Kinder von 14 auf 16 Jahre erhöht wurde. Rund 25 300 Pflegekinder (95%) waren unehelich, über drei Viertel von ihnen lebten bei der Mutter. Etwa 2 100 uneheliche Pflegekinder waren von der Aufsicht befreit. Die Zahl der in fremden Familien untergebrachten Pflegekinder stieg wieder um 5% auf knapp 7 000, nachdem sie im Vorjahr gefallen war.

Für 3 289 Minderjährige waren die Jugendämter 1962 als Amtspfleger oder Amtsbeistand auf Grund ihrer Bestellung durch das Vormundschaftsgericht tätig.

Nur 921 Minderjährige standen am 31.12.1962 unter Schutzaufsicht oder Erziehungsbeistandschaft gegenüber 1961 am Beginn des Berichtsjahres. Ein Drittel dieser Minderjährigen erhielt die Erziehungsmaßnahme auf freiwilliger Grundlage, sei es, daß die Erziehungsberechtigten einen Antrag gestellt oder daß sie ihr Einverständnis erklärt hatten. Für die übrigen war sie gerichtlich angeordnet. Auffällig sind die im Vergleich zum Vorjahr erheblich verminderten Zugänge und die beträchtlich gestiegenen Abgänge; beide Erscheinungen deuten auf die Anwendung der neuen Bestimmungen des Jugendwohlfahrtsgesetzes über die Erziehungsbeistandschaft hin. Im Anschluß an Jugendgerichts- oder Ehescheidungsverfahren wurde in 10 247 Fällen die "formlose Betreuung" ausgeübt.

7 360 Jugendgerichtshilfefälle konnten 1962 abgeschlossen werden, von denen 61% Heranwachsende im Alter von 18 - 21 Jahren, der Rest Jugendliche von 14 - 18 Jahren betrafen. Bewährungshilfe der Jugendämter wurde 234 Jugendlichen zuteil, in der Hauptsache zur Aussetzung der Strafvollstreckung. Ferner ergaben sich 1962 rund 2 550 erledigte Fälle der Prozeßführung zum Zwecke der Vaterschaftsfeststellung, wovon zwei Drittel durch erfolgreiche Klage sowie Anerkennung der Vaterschaft beendet wurden. Außerdem wirkte das Jugendamt bei 293 Adoptionen mit; in 9 Fällen adoptierten Ausländer ein Kind.

Freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung

Seit Inkrafttreten des JWG ist auch die freiwillige Erziehungshilfe, die bisher lediglich durch Erlasse geregelt war, gesetzlich verankert. Ihr ist ein Platz zwischen der Erziehungs-

beistandschaft und der Fürsorgeerziehung zugewiesen. Auch Ende 1962 machte in Schleswig-Holstein die Zahl der Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe mit 340 nur ein Viertel der in Fürsorgeerziehung befindlichen Minderjährigen aus (1 352), während im Bundesgebiet (ohne Berlin) erstmalig mehr Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe (rund 26 400) als in Fürsorgeerziehung (rund 25 500) waren¹. Die Gesamtzahl der von diesen beiden Maßnahmen der öffentlichen Erziehung betroffenen Minderjährigen ist in Schleswig-Holstein im Laufe des Berichtsjahres um 9% gestiegen, und zwar überwiegend bedingt durch einen Anstieg der freiwilligen Erziehungshilfe (knapp ein Drittel gegenüber dem Vorjahr), zu deren Anordnung eine bloße Gefährdung oder Schädigung der leiblichen, geistigen oder seelischen Entwicklung genügt, nicht aber drohende oder eingetretene Verwahrlosung wie bei der Fürsorgeerziehung vorzuliegen braucht. Bemerkenswert ist der starke Rückgang der endgültigen Entlassungen aus der endgültigen Fürsorgeerziehung von 396 im Jahre 1961 auf 244 im Berichtsjahr. Bei der vorläufigen und endgültigen Fürsorgeerziehung waren im Laufe des Berichtsjahres insgesamt 710 Abgänge durch Entlassungen, Abgaben und Tod zu verzeichnen, bei der freiwilligen Erziehungshilfe 216. Der Anteil der weiblichen Minderjährigen stieg sowohl bei der Fürsorgeerziehung als auch bei der freiwilligen Erziehungshilfe an. Es standen jedoch immer noch überwiegend (fast zwei Drittel) männliche Minderjährige unter diesen Erziehungsmaßnahmen.

Die Mehrzahl der Minderjährigen in Fürsorgeerziehung oder freiwilliger Erziehungshilfe war in Heimen untergebracht (54%); auch die Unterbringung in der eigenen Familie hatte einen verhältnismäßig großen Anteil (23%). "Nicht untergebracht" waren Ende 1962 56 Minderjährige gegenüber 51 am Ende des Vorjahres (3%).

Die Bruttokosten stiegen 1962 bei der Fürsorgeerziehung um 2%, bei der freiwilligen Erziehungshilfe um 23% gegenüber 1961. Die Gesamtsumme hat damit für Schleswig-Holstein 3,5 Mill. DM überschritten. Auf die Unterbringung in Erziehungsheimen entfielen bei der Fürsorgeerziehung beinahe 94% der Bruttokosten, bei der freiwilligen Erziehungshilfe rund 97%. Im Gesamtdurchschnitt ergab sich 1962 ein Nettokostenbetrag je Erziehungsfall von 2 155 DM

1) "Wirtschaft und Statistik" 1963, Seite 369 (Juni)

Die im Jahre 1962 in endgültige Fürsorgeerziehung und freiwillige Erziehungshilfe überwiesenen Minderjährigen

Alter — Familienverhältnis	Überwiesene Minderjährige in					
	endgültige Fürsorgeerziehung			überörtliche freiwillige Erziehungshilfe		
	insgesamt		dar. männl.	insgesamt		dar. männl.
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	
Minderjährige						
6 bis unter 14 Jahre	134	35,2	103	161	49,7	114
14 " " 19 "	247	64,8	121	163	50,3	82
Insgesamt	381	100	224	324	100	196
davon						
Kinder aus vollständigen Familien	168	44,1	95	114	35,2	81
Kinder aus geschiedenen Ehen	49	12,9	33	67	20,7	40
Uneheliche Kinder	99	26,0	55	94	29,0	43
Vollwaisen	6	1,6	3	5	1,5	2
Halbwaisen	59	15,4	38	44	13,6	30

gegenüber 1 881 DM im Jahre 1961, das sind 274 DM oder 15% mehr.

Ende 1962 gab es in Schleswig-Holstein 736 Einrichtungen der halboffenen und geschlossenen Jugendhilfe mit 35 366 Plätzen. Ein Drittel der Einrichtungen und Plätze entfielen auf die halboffenen Einrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte). Die Säuglingsheime und Heime für schulpflichtige und nicht mehr schulpflichtige Minderjährige verfügten über einen Anteil von rund zwei Drittel der Einrichtungen bzw. Plätze. Während im Bundesgebiet etwa drei Viertel der Einrichtungen und Plätze den Wohlfahrtsverbänden, etwa 20% der öffentlichen Hand und nur 5% privaten gewerblichen Trägern gehörten, verteilten sich die Einrichtungen in Schleswig-Holstein im Verhältnis von 50, 30 und 20% auf diese drei Gruppen, die Plätze im Verhältnis von 56, 25 und 19%. Die Bedeutung der Wohlfahrtsverbände und sonstigen karitativen Organisationen ist also auf dem Gebiet der Jugendhilfe in Schleswig-Holstein nicht so groß wie im Durchschnitt des Bundesgebietes, dagegen ist die Kapazität privater Unternehmer viermal so stark.

Dr. Georg Goldmann

Vergleiche auch: "Öffentliche Jugendhilfe 1961" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 46 (Februar) und "Öffentliche Jugendhilfe 1962" in Wirtschaft und Statistik 1963, S. 367 (Juni)

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
Bevölkerungsstand (Monatsende)										
*Wohnbevölkerung	1 000	2 267	2 341	2 342	2 345	2 348	2 361	2 364
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen										
*Anzahl		1 654	1 888	2 454	2 122	3 462	2 440	1 881	2 087	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,7	12,8	10,7	17,3	12,2	9,7	10,4	...
Lebendgeborene										
*Anzahl		2 867	3 435	3 358	3 366	3 445	3 863	3 564	3 635	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		15,2	17,6	17,5	16,9	17,3	19,3	18,4	18,1	...
Gestorbene (ohne Totgeborene)										
*Anzahl		2 173	2 329	2 213	2 148	2 024	2 373	2 109	2 107	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,9	11,5	10,8	10,2	11,8	10,9	10,5	...
darunter im ersten Lebensjahr										
*Anzahl		83	83	83	71	69	91	85	77	...
*je 1 000 Lebendgeborene		32,6	24,0	24,7	21,1	20,0	23,6	23,8	21,2	...
Mehr geboren als gestorben										
*Anzahl		694	1 106	1 145	1 218	1 421	1 490	1 455	1 528	...
*je 1 000 Einw. und 1 Jahr		3,7	5,7	6,0	6,1	7,1	7,4	7,5	7,6	...
Wanderungen										
*Zuzüge über die Landesgrenze		6 523	6 876	6 883	7 857	6 370	7 853	6 122
*Fortzüge über die Landesgrenze		6 263	6 144	5 268	5 802	5 222	6 349	4 878
*Wanderungsgewinn		260	732	1 615	2 055	1 148	1 504	1 244
*Umzüge innerhalb des Landes ¹⁾		9 666	9 436	7 841	8 960	8 276	10 987	7 739
Wanderungsfälle ¹⁾										
Anzahl		22 452	22 456	19 992	22 619	19 868	25 189	18 739
je 1 000 Einw. und 1 Jahr		170	163	145	159	141	181	136
Arbeitslage										
*Beschäftigte Arbeitnehmer ²⁾	1 000	741 ⁺	817 ⁺	826	.	.	.	838	.	.
darunter *Männer	1 000	494 ⁺	542 ⁺	546	.	.	.	552	.	.
*Arbeitslose										
Anzahl	1 000	50	9	6	5	5	8	6	6	6
darunter *Männer	1 000	31	5	3	3	3	4	3	3	3
je 100 Arbeitnehmer		6,3	1,1	0,7	0,6	0,6	0,9	0,8	0,7	0,7
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
*Rinder (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 306 ^a	1 398	.	.	.	1 416	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	426 ^a	478 ^a	465	.	.	.	475	.	.
*Schweine	1 000	1 279 ^a	1 655 ^a	1 653	.	.	.	1 529	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	126 ^a	168 ^a	174	.	.	.	175	.	.
darunter *trächtig	1 000	77 ^a	104 ^a	111	.	.	.	114	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St	14	22	15	18	22	22	17	23	26
*Kälber	1 000 St	5	4	3	3	2	r 5	3	3	3
*Schweine	1 000 St	81	128	109	118	123	r 124	r 114	121	119
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St	15 ^b	12 ^c	2	2	2	3	1	1	1
*Gesamtschlachtgewicht ³⁾ (einschl. Schlachtfette)	1 000 t	9,3	15,5	13,1	14,6	15,7	r 15,9	r 13,9	15,7	16,4
darunter										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	5,0	3,4	4,1	4,8	5,0	3,7	5,0	5,7
*Schweine	1 000 t	5,9	10,2	9,4	10,2	10,6	r 10,5	r 9,9	10,4	10,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
*Rinder	kg	223	235	225	228	223	226	221	219	220
*Kälber	kg	49	51	55	57	54	54	57	58	56
*Schweine	kg	89	88	88	88	88	87	88	87	88
Milcherzeugung										
*Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	158	204	185	152	217	206	184	148
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,2	14,6	12,8	10,5	14,6	14,4	12,4	10,0
*Milchanlieferung an Molkereien in % der Gesamterzeugung	%	87	89	92	92	91	92	92	93	91

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

1) ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 2) Arbeiter, Angestellte und Beamte

3) gewerbliche Schlachtungen

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25

c) Winterhalbjahr 1962/63 = 21

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
INDUSTRIE ⁴										
*Beschäftigte	1 000	164	176	176	176	177	174	174	174	...
darunter *Arbeiter ⁵⁾	1 000	136	143	143	142	143	140	139	139	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁶⁾	1 000	24 439	24 195	23 540	22 266	24 681	24 397	21 531	21 727	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	77,9	78,2	79,1	82,5	81,9	79,3	84,2	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	26,3	28,2	25,9	25,8	28,1	28,5	29,7	...
*Brennstoffverbrauch	1 000 SKE ⁷⁾	74	82	58,0	55	57	56	54	51	...
Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 812	10 856	10 872	10 536	9 564	10 426	10 280	...
Heizölverbrauch	1 000 t	31	56	48	51	55	64	59	61	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	92	87	89	94	99	88	93	...
*Stromerzeugung (netto der industriellen Eigenanlagen)	Mill. kWh	21	24	20	22	22	27	27	30	...
*Umsatz ⁸⁾	Mill. DM	479	620	607	578	641	661	650	667	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	85	72	77	66	68	83	75	71	...
Index der industriellen Produktion										
Gesamte Industrieproduktion einschl. Energie und Bau	1950=100	224	282	280	249	269	313	309	271	...
darunter Erzeugnisse des/der										
Industrie der Steine und Erden		193	262	315	318	309	339	326	342	...
Hochofen- und Stahlwerke		157	153	148	150	159	152	136	138	...
Eisen-, Stahl- und Tempergießereien		112	145	152	93	123	157	147	86	...
Gummi- und Asbestverarbeitung		741	1 132	1 059	1 087	1 090	1 306	1 424	1 121	...
Sägewerke und Holzbearbeitung		99	105	116	113	102	112	136	105	...
papierherzeugenden Industrie		256	316	311	322	316	347	350	321	...
Schiffbaues		312	229	225	189	181	265	274	238	...
Maschinenbaues		273	296	301	244	266	339	295	241	...
elektrotechnischen Industrie		508	620	575	481	559	528	583	464	...
feinmechanischen und optischen Industrie		609	859	773	794	768	929	988	926	...
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie (einschl. Sportwaffen)		166	242	238	220	229	270	271	249	...
lederherzeugenden Industrie		116	83	58	80	74	87	86	67	...
Schuhindustrie		217	250	207	135	248	263	283	89	...
Textilindustrie		195	153	152	89	117	178	180	107	...
Bekleidungsindustrie		127	160	128	115	165	166	120	127	...
Fleischwarenindustrie		169	222	214	202	216	210	222	209	...
fischverarbeitenden Industrie		189	212	144	189	232	206	150	158	...
Molkereien und milchverarbeitenden Industrie		121	140	185	149	119	193	197	144	...
tabakverarbeitenden Industrie		227	260	261	261	260	269	271	251	...
Bauproduktion		190	248	294	271	271	385	369	301	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	114	84	91	109	99	71	77	101
*Stromverbrauch ⁹⁾	Mill. kWh	143	213	185	191	208	213	190	203	221
*Gaserzeugung (brutto) ¹⁰⁾	Mill. cbm	17	19	17	18	16	19	15	17	17

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

4) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauwirtschaft 5) einschl. gewerblicher Lehrlinge 6) einschl. Lehrlingsstunden 7) eine Steinkohleneinheit = 1 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 8) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 9) einschl. Verluste 10) einschl. des vom Metallhüttenwerk Lübeck erzeugten Stadtgases

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963				
				Monats-Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
BAUWIRTSCHAFT UND WOHNUNGSWESEN											
Bauhauptgewerbe ¹¹											
*Beschäftigte		55 228	64 932	66 145	67 565	67 193	p68 747	p69 443	p69 249	...	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 776	11 333	11 268	11 616	p12 148	p11 654	p11 854	...	
darunter *für Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 972	4 459	4 547	4 559	p 4 929	p 4 626	p 4 771	...	
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	38,1	44,0	44,3	45,8	p 52,2	p 51,1	p 52,4	...	
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	2,8	2,6	2,8	2,9	p 2,9	p 3,2	p 3,2	...	
*Umsatz	Mill. DM	70,3	123,5	132,0	146,8	153,7	p 137,7	p 141,1	p 163,3	...	
Baugenehmigungen ¹²											
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile) ¹³⁾		922	1 073	1 031	1 502	1 596	1 460	810	1 694	1 077	
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	340	365	376	333	380	351	441	372	
Veranschlagte reine Baukosten ¹³⁾											
für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	102,2	111,5	134,6	132,6	132,4	97,8	160,1	99,7	
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	72,6	78,1	100,8	104,2	98,9	70,5	127,1	78,5	
*Umbauter Raum in allen Gebäuden (ohne Gebäudeteile) ¹³⁾	1 000 cbm	1 069	1 350	1 528	1 858	1 776	1 823	1 155	1 973	1 327	
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	870	926	1 252	1 260	1 133	743	1 439	898	
*Wohnungen		2 109	2 479	2 733	3 548	3 350	3 057	2 189	4 223	2 341	
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 215	2 397	3 273	3 100	2 790	1 902	3 955	2 126	
Baufertigstellungen											
Wohnungen ¹⁴⁾		1 533	2 190	946	1 238	1 668	843	1 236	1 281	1 480	
Wohnräume ¹⁵⁾		6 064	8 725	3 696	5 113	6 723	3 567	5 208	5 622	6 108	
HANDEL UND GASTGEWERBE											
*Index der Einzelhandelsumsätze	1962=100	-	-	103	99	102	107	97	109	106	
davon											
*Nahrungs- und Genußmittel		-	-	106	101	105	103	100	106	111	
*Bekleidung, Wäsche, Schuhe		-	-	106	93	90	115	91	102	90	
*Hausrat und Wohnbedarf		-	-	88	92	98	95	79	95	94	
*Sonstige Waren		-	-	100	97	100	110	99	111	102	
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	508	634	449	537	622	322	474	618	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 650	728	2 589	1 196	810	1 154	832	609	
Handel mit Berlin [West]											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	15 900	15 161	15 760	16 475	19 157	14 514	16 074	18 793	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 421	29 610	32 339	33 703	33 474	27 780	34 187	35 594	
*Ausfuhr nach Warengruppen ¹⁶	Mill. DM	67,7	81,7	60,7	86,7	65,6	88,4	83,1	125,8	...	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	5,5	4,2	4,9	5,1	5,9	3,9	4,8	...	
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	76,2	56,5	81,8	60,5	82,4	79,2	121,0	...	
davon											
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,1	3,3	3,3	3,0	3,3	2,7	2,4	...	
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	8,4	6,9	8,3	7,2	11,6	9,5	11,1	...	
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	64,7	46,2	70,3	50,3	67,5	67,0	107,6	...	
davon											
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	3,6	3,5	4,0	3,3	4,2	2,9	4,2	...	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	61,1	42,7	66,3	47,0	63,3	64,1	103,4	...	
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern ¹⁶											
EWG-Länder	Mill. DM	11,0	19,7	14,8	26,4	11,3	20,5	15,3	17,4	...	
darunter Italien	Mill. DM	1,7	5,5	5,4	5,5	3,1	6,9	3,9	5,0	...	
Niederlande	Mill. DM	6,1	8,5	4,4	15,9	4,4	7,2	5,2	6,8	...	
EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	36,2	27,0	38,3	34,3	36,5	48,0	48,4	...	
darunter Dänemark	Mill. DM	3,7	6,5	5,1	6,8	5,3	19,2	5,1	6,2	...	
Großbritannien	Mill. DM	3,2	4,1	3,1	11,6	3,9	4,7	4,5	6,9	...	
Norwegen	Mill. DM	14,2	13,5	9,2	8,8	16,1	2,5	26,0	25,2	...	
Schweden	Mill. DM	6,3	5,1	3,6	4,5	2,9	4,3	7,0	3,7	...	
Fremdenverkehr ¹⁷											
*Fremdenmeldungen	1 000	112	138	217	345	300	125	247	394	...	
darunter *Auslandsgäste	1 000	15	16	23	52	38	16	28	56	...	
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	860	1 337	2 936	2 896	460	1 475	3 276	...	
darunter *Auslandsgäste	1 000	93	33	44	108	85	29	55	124	...	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 11) nach den Ergebnissen der Totalerhebung für alle Betriebe (hochgerechnet) und Wiederaufbau, ab 1963 einschl. Umbau ganzer Gebäude 14) Normalbau
 16) 1963 = vorläufige Zahlen 17) ab April 1963 = vorläufige Zahlen

12) baupolizeilich genehmigte Bauvorhaben 13) nur Neubau
 15) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963				
		Monats-Durchschnitt			Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
VERKEHR											
Seeschifffahrt ¹⁸											
Güterempfang	1 000 t	377	549	567	549	690	679	690	782	...	
Güterversand	1 000 t	102	158	160	151	173	181	186	199	...	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	126	174	224	193	184	197	168	202	194	
*Güterversand	1 000 t	195	294	317	359	348	343	346	385	358	
Nord-Ostsee-Kanal ¹⁹											
Schiffverkehr											
Schiffe		5 645	6 731	7 252	7 575	7 263	7 151	7 502	7 924	7 892	
darunter deutsche	%	65,5	64,4	64,6	64,2	64,7	67,1	64,9	64,5	65,6	
Raumgehalt	1 000 NRT	2 795	3 619	3 717	3 844	3 917	3 816	3 984	4 238	4 120	
darunter deutscher Anteil	%	30,3	26,8	28,0	27,4	26,8	26,5	26,6	27,2	29,3	
Güterverkehr	1 000 t	3 840	5 056	5 197	5 266	5 283	5 395	5 378	6 001	5 814	
und zwar											
auf deutschen Schiffen	%	32,6	29,3	30,2	30,7	29,9	27,7	28,8	29,4	31,7	
Richtung West-Ost	1 000 t	1 906	2 404	2 536	2 196	2 405	2 733	2 356	2 508	2 593	
Richtung Ost-West	1 000 t	1 935	2 652	2 661	3 070	2 879	2 662	3 022	3 493	3 221	
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	4 676	4 932	4 236	4 274	6 460	4 637	5 398	...	
darunter											
*Krafträder (einschl. Motorroller)		227	72	133	74	76	55	53	48	...	
*Personenkraftwagen		2 107	3 481	3 677	3 071	3 081	5 161	3 497	4 047	...	
*Kombinationskraftwagen		175	285	283	264	244	378	353	495	...	
*Lastkraftwagen		293	403	421	399	362	449	352	432	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 081	1 282	1 266	1 395	1 123	1 323	1 295	p 1 306	
*Getötete Personen ²⁰⁾		40	53	55	61	65	53	55	71	p 77	
*Verletzte Personen		1 130	1 403	1 697	1 714	1 871	1 439	1 778	1 713	p 1 785	
GELD UND KREDIT											
Kreditinstitute (ohne LZB) ²¹⁾											
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^{d)}	5 705 ^{d)}	5 378	5 414	5 483	6 076	6 165	6 169	...	
davon											
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^{d)}	1 632 ^{d)}	1 635	1 628	1 619	1 741	1 780	1 721	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^{d)}	1 622 ^{d)}	1 627	1 622	1 609	1 732	1 771	1 717	...	
*Mittel- und langfristige Kredite	Mill. DM	2 165 ^{d)}	4 073 ^{d)}	3 743	3 786	3 864	4 335	4 385	4 448	...	
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^{d)}	3 501 ^{d)}	3 217	3 254	3 320	3 732	3 780	3 836	...	
*Einlagen von Nichtbanken ²¹⁾	Mill. DM	2 067 ^{d)}	3 603 ^{d)}	3 245	3 311	3 415	3 600	3 659	
davon											
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^{d)}	1 585 ^{d)}	1 379	1 427	1 514	1 462	1 503	
darunter *von Wirtschaft und Privaten	Mill. DM	837 ^{d)}	1 219 ^{d)}	1 062	1 102	1 156	1 138	1 210	1 243	...	
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^{d)}	2 018 ^{d)}	1 866	1 884	1 901	2 138	2 157	
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	709 ^{d)}	1 362 ^{d)}	1 257	1 264	1 279	1 457	1 467	1 480	1 501	
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	99	86	98	87	101	90	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	74	66	80	70	92	72	
* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	7	6	5	2	3	7	12	...	
* Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	0,3	1	-	-	2	-	-	...	
Wechselproteste	Anzahl	636	686	648	632	677	1 145	1 155	
	Wert	465	621	505	725	637	926	955	
STEUERN²²⁾											
* Landessteuern	1 000 DM	32 185	60 636	89 972	46 089	44 758	44 287	99 680	48 953	50 861	
darunter											
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	2 344	827	332	5 571	6 155	603	538	6 184	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	6 157	5 702	6 423	5 885	6 994	6 046	7 666	6 207	
*Biersteuer	1 000 DM	420	595	627	618	775	533	697	782	778	
* Bundessteuern	1 000 DM	93 577	29 527	140 735	125 064	117 730	115 547	159 438	131 959	128 714	
darunter											
*Umsatzsteuer einschl. Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	29 801	42 506	37 035	45 974	46 608	40 306	46 634	46 047	47 399	
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 934	1 244	1 320	1 427	1 301	1 345	1 321	1 565	1 412	
*Zölle	1 000 DM	7 838	8 368	8 252	10 893	2 683	6 018	5 248	3 713	6 264	
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	51 485	51 400	47 819	51 745	53 322	58 235	60 830	55 001	
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	38 451	33 482	37 945	34 306	32 174	36 162	37 023	33 297	
*Notopfer Berlin	1 000 DM	354	25	95	16	16	29	15	13	118	
außerdem *Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	6 378	3 281	3 485	8 530	10 394	1 770	1 941	8 008	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

18) Monatsangaben 1962/63 = vorläufige Zahlen 19) ohne "Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" 20) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 21) Monatszahlen; Bestand am Ende des Berichtszeitraumes 22) Rechnungsjahr, ab 1960 Kalenderjahr d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

	Einheit	1958	1962	1962			1963			
			Monats- Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: STEUERN										
Steuern vom Einkommen ²³⁾	1 000 DM	37 688	73 999	121 810	54 100	43 931	41 508	137 104	56 545	52 915
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	30 754	26 199	37 117	36 828	23 884	31 045	40 845	44 858
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	33 229	71 766	13 508	6 590	14 562	82 541	13 426	6 875
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	683	873	1 604	341	175	423	1 363	1 320
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 333	22 973	1 870	172	2 887	23 094	911	138
Gemeindesteuern										
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	80 800 ⁺	79 248 ^e	.	.	.	83 409 ^e	.	.
davon										
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	6 994 ⁺	6 952 ^e	.	.	.	7 430 ^e	.	.
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	13 883 ⁺	13 334 ^e	.	.	.	12 000 ^e	.	.
Baulandsteuer	1 000 DM	-	321 ⁺	238 ^e	.	.	.	248 ^e	.	.
*Gewbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	53 651 ⁺	53 038 ^e	.	.	.	57 188 ^e	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	5 952 ⁺	5 686 ^e	.	.	.	5 643 ^e	.	.
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	6 024 ⁺	5 649 ^e	.	.	.	5 999 ^e	.	.
PREISE										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1958=100	100,0	93,6	93,7	92,8	92,4	95,3	95,1	p 94,7	...
Verkaufspreise für Ausfuhr Güter	1958=100	100,0	100,5	100,6	100,7	100,7	100,4	100,4	p100,5	...
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100,0	100,1	99,8	99,6	99,6	100,6	100,5	100,2	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	1958=100	100,0	103,0	103,1	103,1	103,1	103,4	r102,4	103,4	...
landwirtschaftlicher Produkte	1957/59=100	100,4 ^f	p104,5 ^g	107,4	107,8	101,8	107,6	p106,7	p105,2	...
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen am Gebäude	1958=100	100,0	132,4	.	.	133,7	140,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher										
Betriebsmittel (Ausgabenindex)	1958/59=100	100,0	110,1 ^h	108,3	107,9	108,6	111,9	112,0	111,7	...
Einzelhandelspreise ²⁴⁾	1958=100	100	107	108	110	107	109	109	109	...
Preisindex für die Lebenshaltung ²⁴⁾	1958=100	100,0	108,7	109,8	110,3	108,6	112,4	112,2	111,6	110,9
darunter										
Ernährung		100,0	108,3	111,5	112,3	107,3	112,9	112,1	110,3	108,0
Wohnung		100,0	121,7	121,3	122,3	122,3	128,8	128,9	129,8	129,9
Heizung und Beleuchtung		100,0	105,9	104,5	105,1	105,7	107,3	107,4	107,7	108,0
Bekleidung		100,0	106,9	106,9	107,0	107,1	109,4	109,4	109,6	109,6
Hausrat		100,0	103,6	103,4	103,6	103,8	104,2	104,2	104,2	104,3
LOHNE UND GEHALTER ²⁵⁾										
Arbeiterverdienste in der Industrie ²⁶⁾										
Bruttowochenverdienste										
*männlich	DM	116,69	162,89	.	.	164,79	176,22
darunter Facharbeiter	DM	124,34	173,75	.	.	175,26	186,07
*weiblich	DM	67,56	97,84	.	.	98,69	104,83
Bruttostundenverdienste										
*männlich	Pf	243,5	345,4	.	.	348,8	375,7
darunter Facharbeiter	Pf	258,6	366,8	.	.	369,6	397,5
*weiblich	Pf	152,9	228,6	.	.	229,9	247,2
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	47,9	47,2	.	.	47,2	46,9
*weiblich	Std.	44,2	42,8	.	.	42,9	42,4
Geleistete Wochenarbeitszeit										
*männlich	Std.	44,5	44,2	.	.	43,0	42,3
*weiblich	Std.	41,4	40,2	.	.	39,0	38,0
Angestelltenverdienste ²⁶⁾										
Bruttomonatsverdienste in der Industrie										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	588	792	.	.	794	835
*weiblich	DM	382	519	.	.	523	553
technische Angestellte										
*männlich	DM	697	919	.	.	926	971
*weiblich	DM	403	545	.	.	550	570
im Handel ²⁷⁾										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	540	739	.	.	745	775
*weiblich	DM	331	445	.	.	455	478
technische Angestellte										
*männlich	DM	497	776	.	.	842	806
*weiblich	DM	259	365	.	.	377	398
in Industrie ²⁶⁾ und Handel ²⁷⁾ zusammen										
kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	554	756	.	.	761	794
*weiblich	DM	347	466	.	.	475	499
technische Angestellte										
*männlich	DM	685	912	.	.	921	962
*weiblich	DM	391	539	.	.	545	559

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht +) = Vierteljahresdurchschnitt
 23) in den Landes- und Bundessteuern enthalten 24) 4-Personen-Haushalte mit Lebenshaltungsausgaben von rund 570 DM monatlich nach den
 Verbrauchsverhältnissen von 1958 25) Effektivverdienste: 1958 und 1962 Durchschnitte aus 4 Erhebungen 26) einschl. Hoch- und Tiefbau
 27) Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe e) 1. 4. - 30. 6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59 (Juli - Juni) g) Wirtschaftsjahr
 1962/63 (Juli - Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B
erscheint im monatlichen Wechsel mit A

	Zeit ¹⁾	Einheit	1950	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Index der Einzelhandelsumsätze		1951=100	100	109
Ausfuhr	JS	Mill. DM	86,9	719,3	775,5	812,0	915,5	1 194,0	1 074,1	980,0
davon Güter der Ernährungswirtschaft	JS	Mill. DM	8,9	67,1	52,3	60,9	80,6	93,1	78,9	65,6
Gewerblichen Wirtschaft	JS	Mill. DM	78,0	652,2	723,2	751,0	834,8	1 100,9	995,2	914,4
in % des Bundes			1,0	2,3	2,2	2,2	2,2	2,5	2,1	1,8
Fremdenverkehr²⁾										
Fremdenmeldungen	JS	1 000	367	1 184	1 265	1 329	1 473	1 544	1 665	1 649
darunter Auslands Gäste	JS	1 000	20	182	183	181	187	206	201	196
Fremdenübernachtungen	JS	1 000	2 239	6 803	7 463	8 127	9 358	9 779	10 689	10 310
darunter Auslands Gäste	JS	1 000	48	384	392	402	411	409	402	396
VERKEHR										
Seeschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	1 689	3 829	4 253	4 525	4 697	5 822	6 102	6 582
Güterversand	JS	1 000 t	1 033	1 384	1 218	1 228	1 305	1 726	1 798	1 901
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	JS	1 000 t	.	1 305	1 411	1 507	1 412	1 649	1 851	2 092
Güterversand	JS	1 000 t	.	1 865	1 781	2 342	2 599	2 852	3 239	3 524
Nord-Ostsee-Kanal										
Schiffsverkehr										
Schiffe	JS		47 271	62 402 ^b	66 588	67 738	73 443	77 729	77 244	80 775
Raumgehalt	JS	1 000 NRT	17 771	31 601	33 169	33 542	36 137	41 527	40 762	43 428
Güterverkehr	JS	1 000 t	29 907	47 069	47 348	46 083	49 974	57 653	57 191	60 667
und zwar										
auf deutschen Schiffen	JS	%	20,1	31,8	32,5	32,6	32,6	31,2	30,5	29,3
Richtung West-Ost	JS	1 000 t	13 461	23 982	24 346	22 868	24 880	29 228	27 642	28 842
Richtung Ost-West	JS	1 000 t	16 446	23 087	23 003	23 216	25 095	28 426	29 549	31 824
Zulassungen von fabrikneuen Kraftfahrzeugen	JS		14 922	29 783	33 040	39 140	42 967	45 683	51 251	56 115
darunter Pkw 3)	JS		4 780	15 802	19 780	25 280	29 485	33 012	36 977	41 777
Kraftfahrzeugbestand										
Kraftfahrzeuge	1.7.	1 000	66 ^b	204	225	246	273	307	341	379
darunter										
Krafträder	1.7.	1 000	22 ^b	72	73	69	64	60	55	48
Pkw	1.7.	1 000	20 ^b	75	82	113	140	172	206	245
Lkw	1.7.	1 000	16 ^b	27	28	28	28	29	31	33
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle	JS		9 912	22 798	26 270	30 155	32 994	38 856	41 918	41 889
Getötete Personen 4)	JS		208	428	416	477	504	564	596	641
Verletzte Personen	JS		5 910	12 627	12 948	13 562	15 326	16 687	16 725	16 832
GELD UND KREDIT										
Spareinlagen	31.12.	Mill. DM	131	704	871	1 054	1 294	1 534	1 721	2 018
je Einwohner	31.12.	DM	51	313	385	464	566	666	739	858
ÖFFENTLICHE FÖRSORGE⁵⁾										
Laufend unterstützte Personen	Ende Rj.	1 000	85,1	72,5	64,9	60,0	55,4	53,1	46,1	43,9
je 1 000 Einwohner	Ende Rj.		33,5	32,2	28,7	26,4	24,2	23,1	19,8	18,7
Gesamtaufwand	Rj. (JS)	Mill. DM	62,0	83,1	85,6	90,7	90,7	67,4 ^c	88,5	92,7
je Einwohner	Rj. (JS)	DM	24	37	38	40	40	29 ^c	38	40
ÖFFENTLICHE FINANZEN										
Landessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	182	289	330	375	435	543	659	728
darunter Kraftfahrzeugsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	15	31	37	42	47	57	65	74
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	72	128	146	165	191	237	284	311
Bundessteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	462	964	1 027	1 098	1 245	1 333	1 461	1 554
darunter Umsatzsteuer	Kj. (JS)	Mill. DM	166	326	340	353	381	427	472	510
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	182	428	455	485	546	581	630	664
Steuern vom Einkommen ⁶⁾	Kj. (JS)	Mill. DM	150	324	374	437	511	656	802	888
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	59	142	166	193	224	285	345	379
Gemeindesteuern	Kj. (JS)	Mill. DM	117	199	219	236	288	321	r 335	348
darunter										
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital und Lohnsumme	Kj. (JS)	Mill. DM	43	110	126	140	189	221	229	238
je Einwohner	Kj. (JS)	DM	46	89	97	104	126	140	144	149
Verschuldung (ohne Kassenkredite) des Landes	Ende Rj.	Mill. DM	780	1 518	1 482	1 631	1 763	1 830	1 802	1 787
Neuverschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände	Ende Rj.	Mill. DM	75	355	430	497	562	617	712	809
darunter Kreditmarktmittel	Ende Rj.	Mill. DM	23	160	215	264	325	371	447	522

1) JS = Jahressumme, Rj. = Rechnungsjahr, Kj. = Kalenderjahr 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober - September); Angaben für 1950 (nur Sommerhalbjahr) 3) ohne Kombinations- und Krankenkraftwagen 4) seit 1953 einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 5) einschl. Tbc-Hilfe 6) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag in den Zeilen Bundes- und Landessteuern enthalten a) ab 1956 "ohne Sportfahrzeuge ohne Tonnageangabe" b) im Verkehr befindliche Kraftfahrzeuge c) hier nur Rumpfrechnungsjahr 1.4. - 31.12.

KREISZAHLEN

Für diese Tabelle sind 34 Gegenstände ausgewählt, die abwechselnd veröffentlicht werden

KREISFREIE STADT Kreis	Wohnbevölkerung am 30. 6. 1963		Arbeitslose am 30. 9. 1962	Einnahmen aus Gemeinde- steuern vom 1. 1. - 30. 6. 1963 in 1 000 DM	Industrie ²⁾		
	ins- gesamt	Veränderung in % gegenüber Volkszählung			Beschäftigte am 31. 7. 1963	Umsatz ³⁾ in Mill. DM im Juli 1963	
		1939 ¹⁾					1950 ¹⁾
FLENSBURG	96 995	+ 37	- 6	291	8 624	6 925	19,7
KIEL	270 803	- 2	+ 5	1 116	27 992	32 741	106,0
LÜBECK	236 601	+ 53	- 1	955	28 124	33 925	107,5
NEUMÜNSTER	74 976	+ 39	+ 2	246	7 073	12 632	26,7
Eckernförde	65 800	+ 56	- 23	86	3 239	1 873	4,2
Eiderstedt	19 268	+ 27	- 26	36	1 320	425	2,1
Eutin	90 979	+ 77	- 15	270	5 781	4 211	17,3
Flensburg-Land	66 946	+ 50	- 15	108	2 611	648	2,1
Hzgt. Lauenburg	133 944	+ 84	- 11	293	7 440	8 651	22,3
Husum	64 293	+ 35	- 18	94	3 599	913	3,4
Norderdithmarschen	58 215	+ 31	- 25	87	3 726	1 196	2,9
Oldenburg (Holstein)	81 080	+ 53	- 19	308	4 844	1 222	7,0
Pinneberg	226 927	+ 104	+ 14	381	19 730	21 001	82,9
Plön	111 545	+ 65	- 10	326	5 191	2 464	9,8
Rendsburg	159 892	+ 64	- 13	366	9 165	9 301	26,2
Schleswig	98 613	+ 27	- 23	86	5 810	3 983	28,9
Segeberg	98 318	+ 83	- 12	93	4 688	4 913	16,1
Steinburg	123 272	+ 43	- 21	160	10 809	10 857	43,8
Stormarn	149 822	+ 121	+ 2	251	11 279	9 745	91,7
Süderdithmarschen	72 341	+ 34	- 26	58	5 100	4 914	41,1
Südtondern	63 201	+ 37	- 12	58	3 948	1 003	5,1
Schleswig-Holstein	2 363 831	+ 49	- 9	5 669	180 094	173 543	666,9

KREISFREIE STADT Kreis	Aufwand der öffentlichen Fürsorge 4) im Rj. 1962 in DM je Einw.	Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1963			Straßenverkehrsunfälle im 2. Vj. 1963		
		Krafträder	PKW ⁵⁾	LKW	Unfälle mit Personen- schaden	Getötete ⁶⁾	Verletzte
FLENSBURG	33,28	1 083	11 336	1 517	136	4	167
KIEL	37,75	3 460	32 514	4 072	383	9	470
LÜBECK	38,44	3 389	26 009	3 849	329	4	404
NEUMÜNSTER	30,96	817	8 645	1 191	131	5	168
Eckernförde	35,15	1 141	7 613	704	96	3	128
Eiderstedt	25,25	444	2 495	271	11	1	15
Eutin	32,31	1 981	11 000	1 372	145	8	191
Flensburg-Land	24,76	1 152	9 517	776	77	9	108
Hzgt. Lauenburg	24,07	3 258	15 963	1 511	175	12	244
Husum	23,19	1 062	7 939	951	83	8	105
Norderdithmarschen	22,60	725	7 388	1 037	67	3	89
Oldenburg (Holstein)	22,04	1 498	9 392	1 047	122	4	156
Pinneberg	20,92	3 080	27 665	3 315	329	8	444
Plön	26,11	2 190	13 039	1 383	179	8	255
Rendsburg	25,59	2 640	19 419	2 364	230	11	295
Schleswig	27,91	1 507	12 793	1 341	100	2	126
Segeberg	21,70	1 862	14 273	1 613	181	12	282
Steinburg	26,98	2 439	14 109	1 959	159	13	221
Stormarn	21,11	2 860	19 570	2 108	242	10	339
Süderdithmarschen	25,35	1 029	8 923	857	77	7	112
Südtondern	25,14	1 407	8 214	1 107	73	6	98
Schleswig-Holstein ⁷⁾	39,58	39 024	287 816	34 345	3 330	147	4 417

1) nach dem Gebietsstand vom 30. 6. 1963 2) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industriebericht-
erstattung) 3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren
4) einschl. Tbc-Hilfe 5) einschl. Kombinationskraftwagen 6) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstor-
benen Personen 7) bei "öffentliche Fürsorge": einschl. Landessozialamt, Landesjugendamt und Jugendaufbauwerk

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM BUND

	Zeit- Stand	Bundes- gebiet ohne Berlin	Schles- wig- Hol- stein	Hamb- urg	Nie- der- sach- sen	Bre- men	Nord- rhein- West- falen	Hes- sen	Rhein- land- Pfalz	Baden- Würt- tem- berg	Bay- ern	Saar- land
BEVÖLKERUNG												
Fortgeschriebene Wohnbevölkerung in 1 000	31.3.1963 ¹⁾	55 214	2 355	1 848	6 741	720	16 232	4 949	3 482	8 028	9 760	1 100
Veränderung in %	"	+ 37	+ 48	+ 8	+ 48	+ 28	+ 36	+ 42	+ 18	+ 47	+ 38	+ 21
31. 3. 1963 geg. VZ. 1939 ²⁾	"	+ 15	- 9	+ 18	- 0	+ 32	+ 25	+ 16	+ 18	+ 27	+ 7	+ 15
31. 3. 1963 geg. VZ. 1950 ²⁾	"	223	150	2 473	142	1 763	478	234	176	225	138	428
Bevölkerungsdichte, Einwohner je qkm	"											
UNTERRICHT, BILDUNG UND KULTUR¹⁾												
Schüler an den allgemeinbildenden Schulen in 1 000	Mai 1962	6 664	303	179	891	85	1 913	562	459	938	1 181 ^{a)}	153
je 1 000 Einwohner	"	122	130	97	133	119	119	115	133	119	123 ^{a)}	141
ARBEIT												
Beschäftigte Arbeitnehmer ³⁾ in 1 000	30.6.1963	21 562	838	847	2 435	306	6 922	1 904	1 581 ^{b)}	3 198	3 530	x
Arbeitslose in 1 000	31.8.1963	96	6	4	13	3	34	7	7 ^{b)}	3	21	x
je 100 Arbeitnehmer ⁴⁾	"	0,4	0,7	0,4	0,5	0,8	0,5	0,4	0,4 ^{b)}	0,1	0,6	x
VOLKSEINKOMMEN⁵⁾												
Brutto-Inlandsprodukt in Mrd. DM	1961 ⁶⁾	311 ^{b)}	11	18	33	5	101	28	15	46	48	.
1962 ⁷⁾	338 ^{b)}	12	19	36	6	109	30	17	51	53	.	
in DM je Einwohner	1961 ⁶⁾	5 765 ^{b)}	4 879	9 785	4 989	7 334	8 362	5 723	4 425	5 994	5 076	.
1962 ⁷⁾	6 173 ^{b)}	5 013	10 425	5 400	7 918	6 742	6 160	4 774	6 424	5 494	.	
LANDWIRTSCHAFT												
Viehbestände in 1 000 Stück ¹⁾	3.6.1963	13 706	1 417	19	2 803	21	1 943	860	746	1 784	4 045	68
Rindvieh	"	5 920	476	7	1 032	7	825	394	323	849	1 973	34
darunter Milchkühe (einschl. Zugkühe)	"											
Erzeugung von Kuhmilch ¹⁾ in 1 000 t	Juli 1963	1 932	194	3	424	3	313	125	87	228	564	11
in kg je Kuh und Tag	"	10,5	12,4	13,7	13,2	13,2	12,5	10,1	8,6	8,5	9,3	10,5
INDUSTRIE												
Beschäftigte ⁸⁾ in 1 000	31.5.1963	8 001	174	224	741	97	2 821	688	366	1 459	1 262	169
je 1 000 Einwohner	"	145	74	121	110	135	174	139	105	182	129	154
Umsatz ⁸⁾ in Mill. DM	Mai 1963	25 821	661	1 122	2 770	373	9 637	2 075	1 194	4 090	3 469	429
darunter Auslandsumsatz in Mill. DM	"	3 997	83	123	512	34	1 472	360	190	623	458	144
Produktionsindex ⁹⁾ (arbeitstäglich) 1950 = 100	"	291	310	249	388	268	.	341	366	279	.	.
BAUWIRTSCHAFT^{1) 10)} UND WOHNUNGSWESEN												
Beschäftigte in 1 000	31.5.1963	1 600	69	50	201	25	442	144	101	246	287	35
je 1 000 Einwohner	"	29,0	29,2	27,0	29,8	35,1	27,2	29,2	28,9	30,6	29,4	32,1
Geleistete Arbeitsstunden in Mill.	Mai 1963	276	12	8	35	4	78	23	18	44	47	6
je Einwohner	"	5,0	5,2	4,5	5,2	6,2	4,8	4,7	5,2	5,5	4,8	5,5
Zum Bau genehmigte Wohnungen ¹¹⁾ Anzahl	Juni 1963	47 813	2 189	1 598	6 658	1 012	12 601	4 880	2 796	7 824	7 619	636
je 10 000 Einwohner	"	8,7	9,3	8,6	9,9	14,1	7,8	9,9	8,0	9,8	7,8	5,8
Fertiggestellte Wohnungen Anzahl	"	25 952	1 236	961	2 629	357	8 839	1 317	1 433	5 004	3 551	625
je 10 000 Einwohner	"	4,7	5,3	5,2	3,9	5,0	5,5	2,7	4,1	6,3	3,6	5,7
AUSFUHR												
Ausfuhr in Mill. DM ¹⁾	Juni 1963	4 344 ^{c)}	83	146	503	67	1 486	381	193	693	465	146
VERKEHR												
Straßenverkehrsunfälle ¹⁾ Anzahl	2. Vj. 1963	242 737	9 946	9 620	27 452	3 550	70 377	24 902	15 651	34 715	42 263	4 261
je 10 000 Einwohner	"	44	42	52	41	49	43	45	45	43	43	39
Getötete Personen Anzahl	"	3 347	147	51	532	35	878	255	245	428	707	69
je 1 000 Unfälle	"	14	15	5	19	10	12	10	16	12	17	16
STEUERN												
Steueraufkommen in DM je Einwohner	2. Vj. 1963	128	80	246	98	141	139	153	92	138	118	79
Landessteuern ¹²⁾	"	201	166	340	145	415	216	173	149	178	146	121
Bundessteuern ¹³⁾	"	51	38	72	42	61	56	55	43	55	48	26
Gemeindesteuern	"											
GELD UND KREDIT												
Bestand an Spareinlagen ¹⁴⁾ in DM je Einwohner	30.6.1963	1 247	916	1 648	1 128	1 351	1 331	1 263	1 080	1 303	1 207	1 098

1) vorläufiges Ergebnis 2) Saarland; Stand 14. 11. 1951 3) Arbeiter, Angestellte und Beamte 4) Beschäftigte und Arbeitslose 5) Die Differenz zwischen der Summe der Länder und dem Bundesergebnis läßt aufgrund mancher Abrundung nicht auf die Leistung der saarländischen Wirtschaft schließen 6) berichtigte vorläufige Ergebnisse 7) erste vorläufige Ergebnisse 8) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe mit Bauwirtschaft 9) Gesamtindex (ohne Bau) 10) nach den Ergebnissen der Totalerhebung (hochgerechnet) 11) in baupolizeilich genehmigten Bauvorhaben (Normalbau) 12) einschl. Landesanteil an den Steuern vom Einkommen 13) einschl. Bundesanteil an den Steuern vom Einkommen und Notopfer Berlin 14) ohne Postspareinlagen a) Stand Oktober 1962 b) einschl. Saarland c) einschl. der aus der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) ausgeführten Waren, die in anderen als den nachstehend genannten Ländern hergestellt oder gewonnen wurden (z. B. Rückwaren) oder deren Herstellungsland nicht festgestellt werden konnte. Vom Berichtsmonat Januar 1956 an auch einschl. Ersatzlieferungen

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
Altersaufbau der Bevölkerung	7/196
Ausländer 1962	6/181
Erwerbsfähige Bevölkerung 1962 - 1977	9/260
Bevölkerungsbewegung	
Haus- und Anstaltsgeburten	3/68
Wanderungen 1961	1/20
Gesundheitswesen	
Ärzte 1961	1/22
Infektionskrankheiten 1962	7/213
Krankenanstalten 1961	2/55
Sterbefälle 1961	2/54
Unterricht, Bildung und Kultur	
Hochschulprüfungen	6/182
Lehrernachwuchs	6/182
Wahlen	
Landtagswahlen 1962	2/36
Erwerbstätigkeit	
Streiks 1962	4/122
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft	3/70
Feldfrüchte 1962	4/110
Gemüse 1962	3/77
Gemüseanbau, Entwicklung des - (s)	8/228
Milchwirtschaft 1962	5/151
Obsternte 1962	3/75
Schlachttier- und Fleischbeschau 1961	1/23
Vieh- und Fleischwirtschaft 1961/62	4/108
Zwischenfrüchte 1962	5/155
Unternehmungen und Arbeitsstätten (ohne Landwirtschaft)	
Arbeitsstätten und Beschäftigte 1961	4/104
Arbeitsstätten und Unternehmen 1961	5/142
Kapitalgesellschaften 1962	7/215
Industrie und Handwerk	
Chemische Industrie 1956 - 1962	8/234
Industrie in den Kreisen	9/266
Produktion, Industrielle - 1962	3/92
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Bauhauptgewerbe 1962	3/81
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1960 und 1961	2/40
Unternehmen des Einzelhandels 1960	4/113
Unternehmen des Großhandels 1960	1/4

Verkehr

Autowelle, Die -	8/245
Fahrleistungen der Kraftfahrzeuge	1/24
Fremdenverkehr in den Seebädern	5/136
Gemeindestraßen	7/205
Grenzreiseverkehr 1962	9/269
Güterfernverkehr mit Lastkraftwagen 1958 und 1959	6/171
Straßenverkehrsunfälle 1961	1/10
Straßenverkehrsunfälle 1962	9/261

Geld, Kredit- und Versicherungswesen

Bausparkassen 1962	9/270
Hypotheken 1962	6/183
Realkreditinstitute	1/14
Realkreditinstitute 1962	7/208
Spareinlagen 1961/62	5/154
Zahlungsschwierigkeiten 1962	4/123

Öffentliche Sozialleistungen

Fürsorge, Öffentliche - 1962	9/275
Jugendhilfe 1961	2/46
Krankenstand Winter 1962/63	5/155
Kriegs- und Schwerbeschädigte 1962	6/184
Rentenversicherung 1962	9/ 78

Öffentliche Finanzen

Ausgaben Straßenbau	9/264
Einheitswerte der gewerblichen Betriebe	3/86
Landesausgaben, Struktur der -	6/168
Lohneinkommen, Schichtung der - 1961	6/174
Personal der öffentlichen Verwaltung	6/169
Schulen, Ausgaben für -	4/119
Steueraufkommen 1962	7/200
Umsätze und ihre Besteuerung 1961	1/15
Verschuldung, Öffentliche - 1962	9/279

Preise

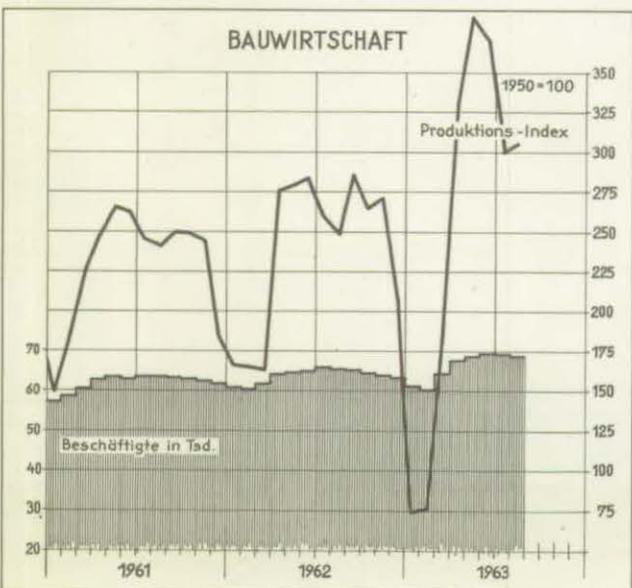
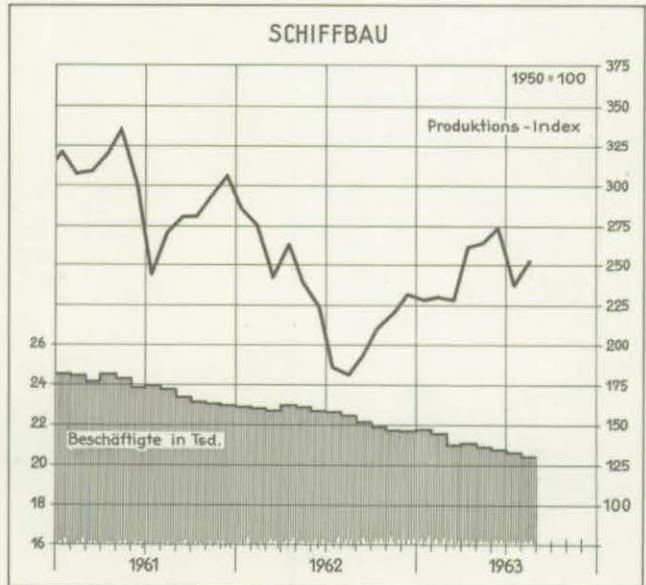
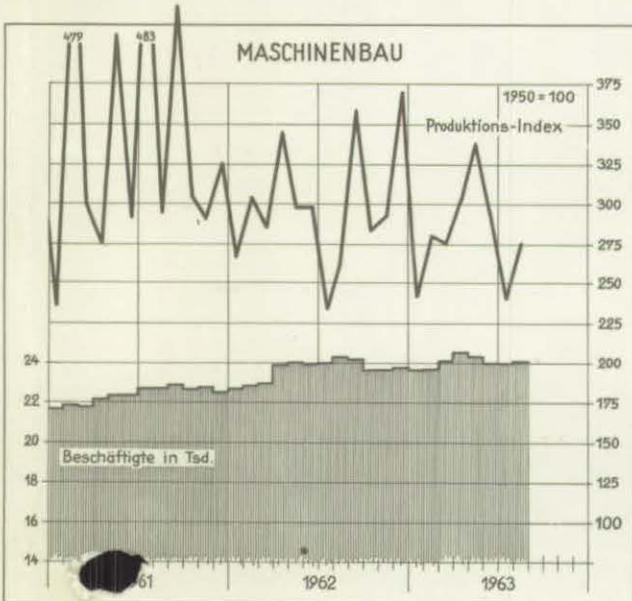
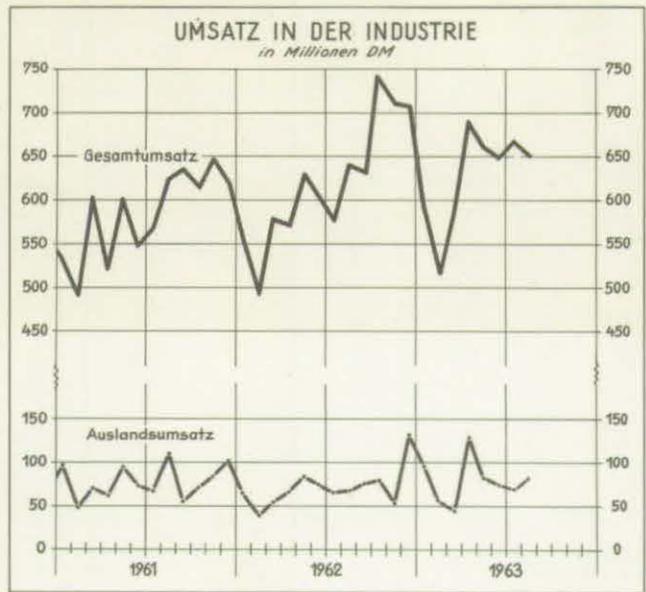
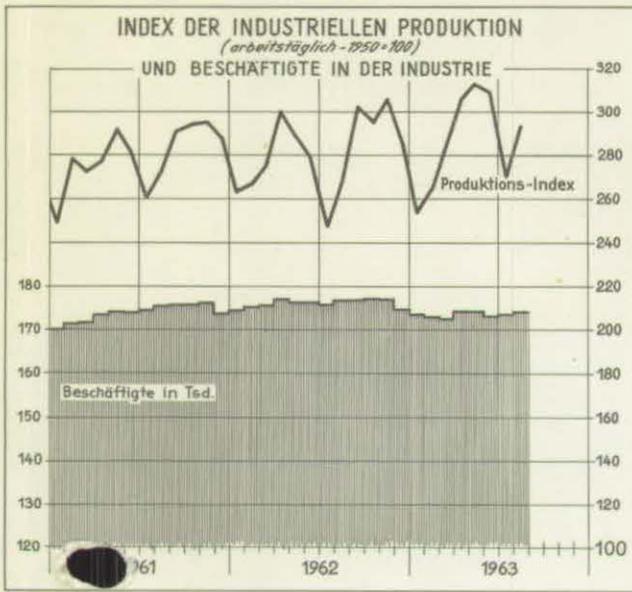
Landwirtschaftliche(r) Betriebsmittel, Preise -	3/79
Wohnungsbau, Preisanstieg im -	2/47

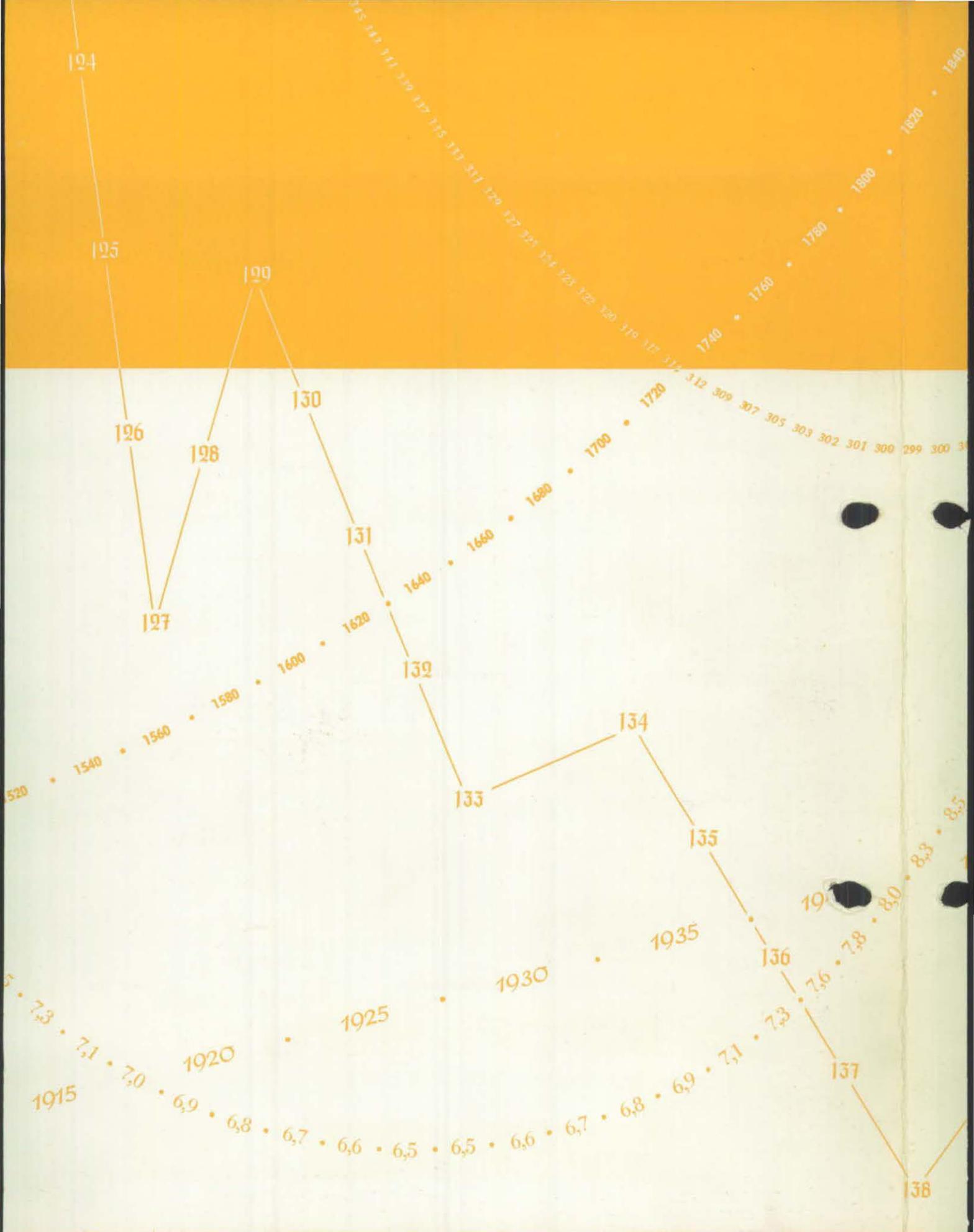
Löhne und Gehälter

Landwirtschaft, Arbeiterverdienste in der -	4/124
Erwerbsgartenbau, Lohnstruktur im -	6/176
Forstwirtschaft, Lohnstruktur in der -	6/180
Verdienste 1957 und 1962	2/51

SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geborene und Gestorbene); Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte; Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Mühlenweg 166, Fernruf: Kiel 4 36 02
 Schriftleitung: Dipl.-Psych. Heinemann. Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei Kiel
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Vierteljahresbezug 7,- DM, Jahresbezug 20,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet -

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen